

I. Vorwort des Präsidenten	3
II. Das Jahr 2005 in der Rückblende	5
Das politische Jahr	5
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen	5
Aus der Grossratsfraktion	7
Das parteipolitische Jahr	12
Veranstaltungen	12
Vernehmlassungen	13
III. Tätigkeitsberichte	16
Parteiorgane	16
Geschäftsleitung	16
Parteivorstand	19
Delegiertenversammlungen	21
Kommissionen	23
Bildungs-, Kultur- und Sportfragen	23
Finanzen und Steuern	24
Soziales und Gesundheit	25
Bau/Verkehr/Energie und Gewerbekommission	28
Landwirtschaft-Tourismus	28
Justiz/Gemeinde und öffentliche Sicherheit	30
SVP-Frauen Kanton Bern	32
Junge SVP Kanton Bern	33
Landesteile	35
Emmental	35
Jura bernois	35
Mittelland	37
Oberland	38
Seeland	39
Gerichte	40
Obergericht	40
Verwaltungsgericht	40
Untersuchungsrichterämter	42

IV. Organisation / Personelles	43
Organigramm der SVP Kanton Bern	43
Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane	44
Geschäftsleitung	44
Parteivorstand	44
Grossratsfraktion	45
Vertretung in der SVP Schweiz	46
Kommissionspräsidenten	46
Mitglieder des Zentralvorstandes	46
Regierungsmitglieder	47
Parteisekretariat	47
Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP-Kanton Bern“	47
Vorstand des „Bären-Club“ der SVP-Kanton Bern	47
Wir gratulieren	48
Wir danken	49
Unsere Verstorbenen	50
Schlusswort	51
V. Die Partei in Zahlen	53
Mitgliederzahlen	53

I. Vorwort des Präsidenten

Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen „tobt“ der Wahlkampf. Dieser findet vor allem unter den Kandidierenden statt. Die Veranstaltungen sind sehr unterschiedlich besucht. Trotz der Steilvorgabe unserer Partei, zusammen mit den Freisinnigen eine Sechser-Liste zu präsentieren, hat dies bisher zur Enttäuschung der Medien nicht die herbeigesehnte Auflehnung der Volksmassen gegen den von diesen als Machtrausch titulierten Vorgang ausgelöst. Die zu diesem Thema bisher veröffentlichten Leserbriefe stammen weitgehend aus gegnerischen Parteizentralen.

Der umfassende Versorgungsstaat macht satt und lässt eigentlich nur noch virtuelle Diskussionen um gesellschaftliche Bedürfnisse und Probleme zu. Längst hat man sich an die ständig steigenden Gesundheitskosten gewöhnt. Dank der Ausschüttung zusätzlicher Subventionen wird das Problem entschärft und dadurch seit Jahren vor sich hergeschoben.

Doch zurück zum Jahresrückblick. In den schweizerischen Parteigremien konnte mit der Wahl von Rita Gyax zur Präsidentin der SVP-Frauen Schweiz die Berner Vertretung verstärkt werden. Auch bei den Bundesgerichten und Ersatzrichtern ist die bernische SVP dank kompetenten Kandidaten verstärkt worden.

Vor gehässigen, innerparteilichen Auseinandersetzungen blieben wir verschont. Dies, obwohl die SVP des Kantons Bern sowohl bei der Vorlage über Schengen/Dublin, wie auch bei der Personenfreizügigkeit, von der Mutterpartei abweichende Haltungen einnahm. Doch blieb die Berner Partei nicht die einzige, die so entschied, was die Spitze brach. Somit unterblieben Anfeindungen. Bezüglich Schengen/Dublin scheint uns die von den Gegnern angebrachte Kritik früher einzuholen als gehaut (Tolerierung ausländischer Fahnder auf schweizerischem Territorium für Straftatbestände nach EU-Recht, die in der Schweiz als solche nicht gehandelt werden. Dies als Folge der Verpflichtung zur Übernahme des weiter entwickelten EU-Rechts).

In der kantonalen Politik herausragend war die Volksabstimmung über die aus Wirtschaftskreisen mit Unterstützung der Freisinnigen lancierte Steuer-senkungsinitiative. Diese wurde im Sinne der SVP mit rund 60% vom Volk klar entschieden.

Bei der Vorlage der Zuständigkeit zum Einbürgerungsverfahren erlitten wir hingegen eine deutliche Niederlage. Hier bleibt lediglich die Hoffnung, dass dieser Entscheid dank der SVP-Initiative zu gegebener Zeit auf der eidg. Ebene korrigiert wird. Die im Kanton Bern hierzu gesammelten Unterschriften lassen eine berechtigte Hoffnung aufkommen.

Nun zu den kommenden kantonalen Wahlen. Die DV hat am 12. November knapp entschieden, eine bernjurassische Kandidatur auf einer vierten Linie zu portieren. Die politische Konkurrenz hat darauf recht hilflos reagiert hat. Eine direkte Antwort blieb aus, es blieb beim Gejammer, was auch in einer trefflichen Karikatur in einer Berner Zeitung ihren Niederschlag fand. Zudem bleibt die Feststellung, dass es bei einer Volkswahl im Majorzsystem gar keine Konkordanz geben kann - es sei denn die Parteien entmündigten den Wähler, das System degeneriert zum Ritual. Überzeugende Qualitäten und Kompetenzausweise legen unsere Kandidatinnen und Kandidaten vor. Von keiner Seite kann dies bestritten werden. Dies macht es sowohl den politischen Gegner wie auch den Medien schwer, mit grossen Kanonen zu schiessen, dies lässt Hoffnung aufkommen.

Noch nie war eine Prognose im Bezug auf den Ausgang der Wahlen ins Kantonsparlament so schwer. Die Verkleinerung auf hundertsechzig Mitglieder lässt sich rechnerisch ermitteln, die Risiken und Chancen einer (Wieder-)Kandidatur dagegen nur in Ausnahmefällen.

Die Bildung zu grosser, unübersichtlicher Wahlkreise hingegen, überlässt die Aussage zum Wahlausgang der reinen Spekulation. Die möglichen Folgen der unheiligen Allianz zwischen SP und FDP - nämlich der Verlust der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat - so hofft der Präsident, sollte unsere Wählerschaft stärker an die Urne führen, als dies vor vier Jahren der Fall war!

Hermann Weyeneth
Parteipräsident

II. Das Jahr 2005 in der Rückblende

Das politische Jahr

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

	<u>Abstimmungsergebnisse</u>		<u>Parole</u>
	Schweiz	Kanton Bern	
28. Februar			
<i>Kantonal</i>			
Steuersenkungsinitiative	JA NEIN	95'995 143'132	NEIN
Stimmbeteiligung		34,68%	
5. Juni			
<i>Eidgenössisch</i>			
Schengen/Dublin	JA 1'474'704 NEIN 1'226'449	201'845 153'250	JA
Stimmbeteiligung		51.3%	
Partnerschaftsgesetz	JA 1'557'671 NEIN 1'126'578	204'929 147'848	JA
Stimmbeteiligung	55.7%	51.3%	
<i>Kantonal</i>			
Spitalversorgungsgesetz			
<i>Vorlage des Grossen Rates</i>	JA NEIN	145'563 142'680	JA
<i>Volksvorschlag</i>	JA	192'235	NEIN
<i>„für gute öffentliche Spitäler“</i>	NEIN	100'360	
Stimmbeteiligung		45.55%	

	Abstimmungsergebnisse		Parole
	Schweiz	Kanton Bern	

25. September

Eidgenössisch

Personenfreizügigkeit	JA	1'457'807	192'714	JA
	NEIN	1'146'784	127'234	
Stimmbeteiligung		53.8%	46.24%	

Kantonal

Verfassungsänderung	JA		192'522	NEIN
(Erteilung Kantonsbürgerrecht)	NEIN		99'828	
Erteilung des Kantons- Gemeindebürgerrechts	JA		174'473	NEIN
	NEIN		116'090	
Lehreranstellungsgesetz (LAG)	JA		160'360	JA
	NEIN		129'707	
Stimmbeteiligung			42.25%	

27. November

Eidgenössisch

Volksinitiative „für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft.“	JA	1'125'357	151'436	NEIN
	NEIN	896'372	112'027	
Änderung des Arbeitsgesetzes (Sonntagsverkauf)	JA	1'026'514	137'820	JA
	NEIN	1'003'494	126'244	
Stimmbeteiligung		53.8%	38.1%	

Aus der Grossratsfraktion

Februarsession

Zwei mal drei Tage – das war das Auffallendste an dieser Session. In diese Zeit fiel auch noch der Jugend-Grossratstag. Für unsere Fraktion war es spannend, wie sich das Plenum zur Motion Messerli/Lecomte äussern und entscheiden würde. Die ganze Krähenvernichtungsaktion hatte vorgängig einen unverhältnismässigen Medienrummel ausgelöst. Unsere Volkswirtschaftsdirektorin geriet ins Kreuzfeuer überbordender Kritik. So war es doch eher erstaunlich, dass die Motion angenommen und damit das Vorgehen der VOL im Nachhinein unterstützt wurde. Der Volksvorschlag für gute öffentliche Spitäler, der in der Volksabstimmung dem Spitalversorgungsgesetz gegenüberstand, wurde eher knapp zur Ablehnung empfohlen. Wieder wurden zusätzliche 2 Millionen für familienexterne Betreuung (Krippen) beschlossen. In unseren Reihen stimmten 5 für die Interessen ihrer Gemeinde. Mit dem Abstimmungsverhältnis von 94:82 hätten wir es bei voller Geschlossenheit und Präsenz wohl in der Hand gehabt, den Ausgang zu ändern. Für einige Grossräte/-rätinnen überraschend, wurde die Motion „Abschaffung der Altersgrenzen für Regierungsräte“ abgelehnt. Regierungsrat wird eher als Beruf verstanden. An der letzten Fraktionssitzung der 2. Sessionswoche musste ich Walter Balmer verabschieden. Seit 1990 im Grossen Rat, war er eines unserer bekanntesten und aktivsten Mitglieder. Von 1993 - 1996 war er Fraktionspräsident. In über 40 Kommissionen arbeitete er mit, davon 10 Mal als Präsident oder Vizepräsident der Kommission. Unvergesslich bleibt sein Verzicht auf die Wahl zum Grossratspräsidenten, damit die SVP eine Frau – Ursula Haller – auf diesen Platz berufen konnte. Wir wünschen ihm in Zukunft beste Gesundheit, Befriedigung und Erfolg in seinen vielen Tätigkeiten. Zum Abschied ein Limerick:

Da will sich der Walter ganz leise wegstellen,
Will nicht mehr mit Räten sich länger abquälen.
Für uns echt ein Leader
Und nie ein Perfider
So bin ich mir sicher, dass er uns wird fehlen!

Aprilsession

Als Nachfolger von Walter Balmer durfte ich Fritz Freiburghaus, Landwirt aus Rosshäusern, Willkommen heissen.

Am 14. April wählten wir in einer spannenden, demokratischen Auseinandersetzung Heinz Siegenthaler zum Fraktionspräsidenten ab 1. Juni 2005. Er siegte klar gegen seinen Herausforderer Gerhard Fischer. Dieser wurde 4

Tage später per Akklamation zum 1. Vizepräsidenten erhoben. Richtig spannend wurde anschliessend der Kampf um das 2. Vizepräsidium: Es stellten sich Therese Rufer, Lorenz Hess und Fred-Henri Schnegg zur Wahl. Nach dem Ausscheiden von Therese Rufer erhielten im 3. Wahlgang beide Kandidaten 32 Stimmen. Darauf erklärte Lorenz Hess seinen Verzicht und gratulierte Fred-Henri Schnegg zur Wahl. Damit punktete Lorenz Hess und die SVP-Fraktion im Berner Jura über die Parteigrenzen hinaus.

In einer stark belasteten Session beschlossen wir einige wichtige Gesetze und Dekrete: Die Einteilung des Staatsgebietes in Abstimmungskreise wurde angenommen. Das fakultative kommunale Stimmrecht für Ausländer/innen wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Das Gesetz über die Berufsbildung, das Dekret über die Anstellung der Lehrkräfte, das Gesetz über die Beteiligung an der Messepark Bern AG und das Tourismusentwicklungsgesetz wurden in unserem Sinne angenommen. Dass über die Erteilung des Kantons- und Gemeindebürgerrechtes nur noch die Exekutiven entscheiden sollen, bekämpften wir ohne Erfolg. Nun rechnen wir damit, dass dieser Entscheid dem obligatorischen Referendum unterstellt wird.

Fast 3 Tage diskutierten wir die Bildungsstrategie. 40 Planungserklärungen und die beiden Vorstösse betreffend Englisch ab 3. Klasse gaben viel zu reden. Trotzdem bleibt das Papier nur ein Bericht und wir behalten uns vor, gegebenenfalls andere Meinungen zu vertreten, wenn es die Situation erfordert. Auch der Planungsbericht über die Alterspolitik im Kanton Bern wurde zur Kenntnis genommen.

Der als Fraktionspräsident abtretende Werner Lüthi wurde mit 163 von 168 gültigen Stimmen zum Vizepräsidenten des Grossen Rates gewählt.

An der letzten Fraktionssitzung der Session wurde das überarbeitete Fraktionsreglement genehmigt. Erneut wurde ein verdienter Grossrat verabschiedet. Seit 1998 im Grossen Rat, war Hans Oppliger ein kompetentes, zuverlässiges und dienstbereites Fraktionsmitglied; sehr vielseitig interessiert, setzte er sich mit Erfolg in verschiedenen Gebieten durch.

Ab Junisession wird Heinz Siegenthaler die Fraktion leiten und vertreten. Ich wünsche ihm in dieser Funktion die Befriedigung, die ich erfahren durfte, und die Kraft, Distanz und Überlegenheit, die unliebsamen Seiten der Politik und die menschlichen Probleme zu überstehen.

Für die Kameradschaft, Unterstützung, Nachsicht und Akzeptanz auf allen Ebenen in den vergangenen 4 Jahren danke ich aufrichtig.

Möge die SVP-Grossratsfraktion kritisch, konstruktiv, unabhängig, glaubwürdig und grosszügig bleiben.

Werner Lüthi,
Fraktionspräsident bis Mai 05

Junisession

Personelles

Als neuer Fraktionspräsident durfte ich zu Beginn der Session meinem Vorgänger im Namen der Fraktion unseren Dank aussprechen. Werner Lüthi hat die SVP-Fraktion vom 1. Juni 2001 bis zum 31. Mai 2005 kompetent und sachkundig geführt. Besten Dank!

Als neues Fraktionsmitglied konnten wir Andreas Lanz aus Thun begrüßen, der Hans Oppliger ersetzt.

Ende der Session mussten wir Urs Müller aus Zäziwil verabschieden. Er hat aus beruflichen Gründen seine Demission als Grossrat eingereicht. Urs Müller war von 1998 bis 2005 ein engagiertes Mitglied der Fraktion.

Verhandlungen

- *Gesetz über den Grossen Rat (GRG), Geschäftsordnung für den Grossen Rat (GO)*: In diesen zwei Erlassen ging es um die Anpassung der Grossratsentschädigung im Zusammenhang mit der Verkleinerung des Grossen Rates ab dem 1. Juni 2006.
- *Verfassungsänderung*: Die Erteilung des Kantonsbürgerrechts liegt neu in der Kompetenz der Regierung und nicht mehr bei Grossen Rat. Diese Änderung wurde mit wenigen Gegenstimmen angenommen.
- *Gesetz über das Kantonsbürgerrecht (KBüG) 2. Lesung*: Diese Gesetzesänderung verlangt, dass auf Gemeindeebene Einbürgerungen nur noch durch die Exekutive oder eine spezielle Kommission erfolgen dürfen. Einbürgerungen an der Urne oder an Gemeindeversammlungen sind nicht mehr erlaubt. Die SVP-Fraktion hat sich erfolglos gegen dieses Vorhaben eingesetzt. Wir konnten aber erwirken, dass die Vorlage einer Volksabstimmung unterliegt. Das Volk hat dann im September trotzdem deutlich ja gesagt.
- *Motion „Saubere Luft im Gastgewerbe“*: Dieser Vorstoss, mit dem verlangt wurde, dass das Rauchen in Restaurants generell verboten wird, gab viel zu diskutieren. Die Fraktionsmeinung war geteilt. Das Abstimmungsresultat lautete: 84:84, Stichentscheid des Präsidenten: Nein. Die Raucher waren erleichtert, der Motionär verärgert.

Septembersession

Personelles

Als neues Fraktionsmitglied durften wir Elisabeth Blaser aus Oberthal begrüßen. Sie ersetzt den zurückgetretenen Grossrat Urs Müller. Auf Ende Session haben Hans Aeschbacher (Gümligen) und Heinrich Burkhalter (Linden) ihren Rücktritt aus dem Grossen Rat bekannt gegeben. Hans Aeschbacher war von 1990 bis 2005 Mitglied der SVP-Fraktion. In seiner 15-jährigen

Amtszeit war er ein sehr aktives Mitglied. Er war unter anderem Präsident der SVP-Landwirtschaftskommission und zuletzt Mitglied der Parlamentarischen Untersuchungskommission der Berner Lehrerversicherungskasse (PUK BLVK). Heinrich Burkhalter war von 1997 bis 2005 SVP-Fraktionsmitglied, die letzten drei Jahre als Stimmzähler Mitglied im Büro des Grossen Rates. Er war als Gewerbe-Vertreter vor allem in diesen Themenbereichen aktiv.

Als Nachfolger im Büro des Grossen Rates wurde Peter Aeschlimann (Neuegg) gewählt.

Verhandlungen

- *Hochwasserdebatte*: Wegen der Hochwasserkatastrophe, die im August in unserem Kanton viel Leid und Schaden angerichtet hatte, waren kurzfristig mehrere Vorstösse eingereicht und behandelt worden. Der SVP-Vorstoss, der einen Rahmenkredit zur Behebung der Unwetterschäden gefordert hat, wurde ohne Gegenstimmen überwiesen.
- *PUK Debatte*: Die gravierende Unterdeckung in der Bernischen Lehrerversicherungskasse (BLVK) hatte zur Folge, dass der Grosse Rat eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einsetzte. Gerhard Fischer, Andreas Blank, Dieter Widmer, Samuel Leuenberger und Hans Aeschbacher waren die SVP-Vertreter in dieser PUK. Nach einem halben Jahr aufwändiger Nachforschungen legte die PUK ihren Bericht vor. Gleichzeitig verlangte die PUK mit mehreren Vorstössen Verbesserungen auf verschiedenen Ebenen, die in Zukunft ein solches Debakel verhindern sollen. Nach mehrtägiger Debatte wurden der Bericht zur Kenntnis genommen und alle Vorstösse überwiesen.
- *Kredit zur Sanierung des alten Schulgebäudes an der Vikoriastrasse in Bern*: Im Rahmen der Kantonalisierung der Berufsschule musste der Kanton Bern den Gemeinden die entsprechenden Schulhäuser abkaufen. Leider zeigte sich, dass bei einzelnen Objekten die Gemeinden den Unterhalt vernachlässigt hatten. So auch bei diesem Objekt. Rund 10 Mio. Franken des Gesamtkredites von 36 Mio. Franken verschlingt der aufgelaufene Unterhalt in diesem denkmalgeschützten Gebäude. Dem Kredit wurde mit 5 Gegenstimmen zugestimmt.

Novembersession

Personelles

Zwischen der September- und Novembersession haben Hans Etter (Zollikofen) und Alfred Schwarz (Uetendorf) ihren Rücktritt aus dem Grossen Rat bekannt gegeben. Hans Etter wechselte im Jahr 2000 von der Freipartei

in die SVP und war seitdem in der SVP-Fraktion. Ab 2002 war er als Stimmzähler Mitglied im Büro des Grossen Rates. Alfred Schwarz wurde im Jahr 2002 in den Grossen Rat gewählt. Ab Juni 2003 war er Mitglied der Finanz- und ab 2005 der Steuerungskommission (Nachfolgekommission der Finanzkommission).

Wir konnten somit gleich vier neue Gesichter in unserer Fraktion begrüßen. Fritz Sieber (Utzigen) Sabina Geissbühler (Herrenschwanden) Walter Neuschwander (Rubigen) und Jürg Iseli (Zwieselsberg). Als Mitglied in der Steuerungskommission wurde Bethli Küng (Saanen) und als Stimmzähler im Büro Rudolf Bieri (Oberbipp) gewählt.

Während der Novembersession blieb ein Platz leer und auf dem Pult brannte eine Kerze. Es war der Platz unseres Kollegen Walter Kunz. Er war im Jahr 2002 in den Grossen Rat gewählt worden. Voller Stolz und Tatendrang übte er dieses Amt aus. Doch schon bald legte sich der Schatten einer schweren Krankheit über ihn. Tapfer kämpfte er dagegen an. Trotzdem verlor er diesen Kampf und verstarb anfangs November. Die ganze Fraktion nahm Anteil an diesem tragischen Schicksal.

Verhandlungen

- *Voranschlag 06 und Aufgaben-/Finanzplan 2007-2009*: Diese beiden Hauptgeschäfte der Session gaben kaum zu reden. War es doch seit langem das erste Mal im Kanton Bern, dass sowohl das Budget als auch der Finanzplan über die ganze Planperiode keine Defizite aufweisen.
- *Motion SVP Guggisberg/Brand*: „Gezielte Steuerentlastung für Familien und Mittelstand“. Mit dieser Motion, die deutlich überwiesen wurde, hat die SVP ein weiteres deutliches Zeichen ihrer Finanz- und Steuerpolitik gesetzt. Im Gegensatz zur wenig durchdachten Steuersenkungsinitiative der Wirtschaftsverbände wird mit dieser Motion eine tragbare und gezielte Steuersenkung gefordert. Mit der Überweisung einer weiteren Motion hat die Parlamentsmehrheit den Weg für eine weitere Steuersenkung im Jahr 2008 geebnet.

Daneben wurde wie üblich ein ganzer Strauss von Vorstössen behandelt.

Heinz Siegenthaler,
Fraktionspräsident ab Juni

Das parteipolitische Jahr 2005

Veranstaltungen

Fraktionsausflug

Der diesjährige Fraktionsausflug führte die Teilnehmer mit zwei Cars ins Oberaargau. Die Fahrt startete gegen Mittag auf dem Rathausplatz, das Ziel waren fünf Oberaargauer Spitzenprodukte. Als erstes durften wir bei der UFA AG in Herzogenbuchsee einige interessante Details über das expandierende Mischfutterwerk erfahren. Zweite Anlaufstelle war die Motorex AG. Während der Besichtigung wurden wir über die diversen Produktionsschritte unseres traditionellen Schweizer-Motorenöl-Produzenten aufgeklärt. Dann führte uns die Weiterfahrt zur Berkenbrücke, wo wir zu den Klängen eines Alphornbläusers Zopf und Getränke aus dem Gasthof Löwen geniessen durften. Nach einigen angeregten Gesprächen führte uns unser nächstes Ziel zu den Bösi-ger Gemüsekulturen in Niederbipp. Die Führung durch Treibhäuser und Tomatenplantagen hat einmal mehr aufgezeigt, wie präzise unsere Gemüseprodukte gezüchtet werden. Mit einem Sack voller saftigem Gemüse traten wir die Weiterfahrt zu unserem letzten Ausflugspunkt an, dem Restaurant Löwen in Berken. Bei einem üppigen Abendmahl und musikalischer Unterhaltung der Gruppe Tornados konnten die „Ausflügler“ einen Tag voller verschiedener Eindrücke bestens ausklingen lassen.

Seniorentag

Im Restaurant Bären in Schüpfen trafen sich die Senioren in diesem Jahr aus Anlass der Gedenkfeier von Bundesrat Rudolf Minger, die am 14. August stattfand. Der Parteipräsident Hermann Weyeneth hielt eine Ansprache und Heinz Siegenthaler berichtete aus der aktuellen Session. Der Parteisekretär Christoph Neuhaus informierte die Anwesenden zudem über die anstehenden Regierungsratswahlen 2006. Anschliessend blieb den Teilnehmenden Zeit für Gespräche mit Gleichgesinnten. Der Tag wurde musikalisch begleitet von der Schwyzerörgeli-Formation „Stubehöckler“.

Vernehmlassungen

Im Verlaufe des Jahres 2005 hatte die Geschäftsleitung zu folgenden Gesetzes- und Dekretsentwürfen im Rahmen der Vernehmlassung Stellung zu nehmen (die detaillierten Vernehmlassungsantworten können auf dem Parteisekretariat bezogen werden):

Strategie für Agglomeration und regionale Zusammenarbeit (14.01.)

Die SVP des Kantons Bern ist der Ansicht, dass die Zusammenarbeit unter den Gemeinden unbedingt gefördert werden muss. Jedoch scheint der Zeitpunkt für ein solches Grossprojekt im Zusammenhang mit anderen Vorhaben und Projektplanungen nicht gerade günstig. Die Koordination der Projektplanung verunmöglicht eine Rückmeldung der Resultate dieser Vorhaben im Detail. Zu diesem Zeitpunkt lehnen wir das Projekt ab. Die SVP bittet darum, dass die Verwaltungsreform realisiert wird und die Ergebnisse des Gemeindefusionsgesetzes abgewartet werden.

Anpassung des Gesetzes zur eingetragenen Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (28.02.)

Die Partei war grundsätzlich mit den Änderungen einverstanden, behält sich aber vor, in der Ratsdebatte Anträge vorzubringen.

Reform dezentrale kantonale Verwaltung (28.02.)

Die SVP des Kantons Bern bestritt das Gesetz weil sie den Sinn der Reform nicht einsah und wies darauf hin, dass der Kanton Zürich auf eine solche Reform verzichtet habe. Im Sinne der Reform erschien der SVP-Kanton Bern die Abstützung der Bildung von Verwaltungsregionen auf die Perimeter der regionalen Verkehrskonferenzen im vorgeschlagenen Sinn als zweckmässig. Was die Kostenfolge der vorgeschlagenen Varianten betrifft, ist die SVP skeptisch, da in den Vernehmlassungsunterlagen zu diesem Thema nicht Stellung genommen wurde. Die SVP ist auch der Ansicht, dass zwei Kreise in der Verwaltungsregion Mittelland zu schaffen sind. Weiter Ungenauigkeiten wurden detailliert aufgeführt.

Strassenfinanzierungsdekret (10.03.)

Die Umsetzung wird von der SVP-Kanton Bern befürwortet, da somit ein Teil der LSVA-Gelder zweckgebunden eingesetzt wird. Bei dem Artikel 13a und b gibt es noch Vorbehalte. Es sollte darauf geachtet werden, dass durch diese Änderung keine zusätzlichen administrativen Aufwendungen entstehen.

Vernehmlassung Energiegesetz (20.06.)

Hier wurde festgehalten, dass eine Reihe von Massnahmen mit zum Teil erheblichen Auswirkungen auf Gemeinden, Grundeigentümer, Unternehmer und Bauherrschaften erhebliche Auswirkungen haben könnten. Die SVP ver-

langte, die in Aussicht gestellten Änderungen zumindest kritisch zu hinterfragen. Der Befürchtung, die Realisierung von Bauobjekten könnte massiv verteuert und verkompliziert werden, wurde Ausdruck gegeben und gefordert, davon Abstand zu nehmen.

Kantonales Strassenverkehrsgesetz (20.06.)

Die SVP-Kanton Bern begrüsst die Totalrevision, um Ordnung in die Erlassstruktur des kantonalen Verkehrsrechts zu bringen. Die wichtigsten Änderungen umfassen die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Parkierungssteuern, Reduktion der Motorfahrzeugsteuern für Anhänger, Aufhebung der eingeschränkten Zuteilung der Kontrollschilder nur an Betreiber von gewerbemässigem Personentransport und die Ermöglichung des Abschlusses von Flottenverträgen.

Kantonales Anwaltsgesetz (15.07.)

Gemäss SVP-Kanton Bern sollten die Wirkungsziele im Gesetzesentwurf ergänzt werden. Diverse Änderungen/Korrekturen müssten jedoch zu den einzelnen Artikeln noch vorgenommen werden. Im Grossen und Ganzen ist die SVP-Kanton Bern mit der Anpassung des Gesetzes einverstanden.

Publikationsgesetz (Änderung) (15.07)

Die SVP-Kanton Bern teilt die allgemeine Stossrichtung der vorgeschlagenen Änderungen zum PuG. Die Vereinfachung der Aufbewahrung für die BAG/BSG und die kantonalen Amtsblätter wird begrüsst, da praktisch kein Bedarf mehr besteht, diese Dokumente einzusehen. Ferner befürworten wir die vorgeschlagenen Änderungen zur Publikation der BAG und der BSG in elektronischer Form. Da gedruckte im Vergleich zu elektronischen Publikationen immer kostenintensiver werden, macht die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, die Amtsblätter in elektronischer Form zu publizieren, Sinn.

Verordnung über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (25.07)

Die SVP-Kanton Bern sieht erheblichen Änderungsbedarf bei dieser Verordnung. Dies macht eine umfassende Überarbeitung notwendig.

Spitalversorgungsverordnung (SpVV) (03.08)

Gemäss dem Volksentscheid vom 5. Juni muss sich der Kanton mit einer Aktienmehrheit an den zukünftigen RSZ beteiligen. Der Entwurf aber sieht keine Bestimmungen über oder Hinweise für die Eigentümerstrategie vor. Die SVP-Kanton Bern geht davon aus, dass die Bedingungen für die Leistungsverträge abschliessend aufgeführt sind. Sie bemängelt, dass Bestimmungen bezüglich der eigenverantwortlichen Führung der RSZ fehlen. Befremdend ist zudem, dass das SVG mehr Freiheiten einräumt, diese aber mit dem SpVV beschnitten werden. Zu einzelnen Artikeln gibt es zusätzliche Bemerkungen.

Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG) (30.08.)

Entschieden wendet sich die SVP-Kanton Bern gegen die Einschränkungen der Werbefreiheit. Durch Werbeverbote würden die freie Marktwirtschaft eingeschränkt und zahlreichen Anlässen die Basis entzogen. Zudem wären die Konsumenten/-innen Leidtragende der Einschränkung von Werbung auf privaten Grundstücken, da sich die Informationsplattform für Vergleichsprodukte stark verkleinern würde.

Reform der dezentralen Verwaltung/Jusitzreform (09.09.)

Die Unterlagen zeigten, dass die von der SVP von Anfang an geäußerten Bedenken bezüglich Kosten-Nutzen-Verhältnis mehr als berechtigt waren. Unter diesen Vorzeichen, so die Vernehmlassung, ist eine Neuorganisation der Bezirksverwaltungen weder strategisch wichtig noch hat sie einen Einfluss auf die Wirtschaftskraft des Kantons. Die Ressourcen könnten zweckdienlicher eingesetzt werden als für dieses riesige Reformprojekt. Herausgestrichen wurde, dass für die Unterbringung der dezentralen kantonalen Verwaltung keine Bauten erstellt werden sollen. Die Kantonalpartei wird diese Projekt weiterhin kritisch-konstruktiv begleiten.

Teilrevision der Verord. über die Ausbildungsbeiträge (ABV) (16.09.)

Grossmehrheitlich entsprach diese Verordnung dem verabschiedeten Gesetz und den in der Kommission vorangegangenen Diskussionen bezüglich der einzelnen Artikel. Bei einigen Artikel, die einen grossen Interpretations- und Ermessensspiel erlaubten oder begriffsmässig unklar formuliert waren, wurden klare Präzisierungen verlangt.

Revision des Bundesgesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten (14.10.)

Zum Revisionsentwurf dieses Bundesgesetzes äusserte sich die SVP Kanton Bern sehr kritisch. Grössere Bürokratie und mehr juristische Umtriebe waren Befürchtungen, die geäußert wurde. Damit war unsere Partei nicht allein – letztlich wurde diese Revision dann auch abgebrochen.

Gesetz über die Harmonisierung amtlicher Register (01.12)

Die Partei befürwortet den Gesetzesentwurf grundsätzlich, da er die Grundlage für koordinierte Lösungen auf der Gemeinde- und Kantonebene bildet und einen weiteren Schritt zu einer noch bürgerfreundlicheren Verwaltung darstellen kann. Allerdings ist das Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohner- und anderer amtlicher Personenregister noch nicht verabschiedet, weshalb einige Fragen noch offen sind. Deshalb ersucht die SVP-Kanton Bern, das Gesetz erst nach Verabschiedung des Bundesgesetzes dem Grossen Rat vorzulegen. Zusätzlich sind die entstehenden Kosten detailliert aufzulisten. Zu prüfen ist ferner, ob andere Erlasse wegen diesem vollständig neuen Gesetz aufgehoben werden können.

III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 3, Art 25. Folgende Geschäfte wurden von der Geschäftsleitung 2005 behandelt (exkl. Geschäfte, die anschliessend dem Parteivorstand unterbreitet wurden und Vernehmlassungen):

18. Januar

- Orientierung/Aktuelles
 - Neue Präsidentin der SVP Frauen
 - DV vom 15.2.2005
 - Mitgliederverwaltungsprogramm, Bürogeräte
 - Beschwerde SVP Thörigen bei der UBI
- Steuersenkungsinitiative: Beitrag SVP-Kanton Bern
- Kaderschule
- Berner Journal
- Finanzen
- Wahl des Präsidenten der Landwirtschaftskommission
- Geschäftsstelle
- Wahlen 2006
- Statutengenehmigung Sektionen Niederbipp/Seedorf

22. Februar

- Orientierung/Aktuelles
 - Büroinfrastruktur
- Berner Journal
 - Chefredaktion/Herstellung Inhouse
 - Inserate-Akquisition
- Finanzen
 - Übergabe des Kassiers / Ausstände Rechnung 2004 / Budget 2005
 - Brief der UDC JU BE
- Grossratswahlen 2006
 - Informationen durch die Präsidentin der Wahlleitung
 - Organisationsreglement
 - Wahlkampfthemen
 - WKV Statuten
- Geschäftsstelle
 - Anstellung 20% Teilzeit

22. März

- Orientierung/Aktuelles
 - Büroinfrastruktur
 - SVP Stadt Bern: 4. April HV/Kein neuer Präsident
 - SVP-Senioren wollen 2'500 Fr.
- Berner Journal: Herstellung Inhouse
- Finanzen
 - Übergabe des Kassiers/Ausstände/Rechnung 2004/Budget 2005
 - Vereinbarung mit der UDC JU BE, Sitzung 10. März
- Grossratswahlen 2006
 - Informationen durch die Präsidentin der Wahlleitung
 - Wahlkampfthemen
- Anstellungen
 - Wissenschaftliche Mitarbeiterin: Sandra Kocher
 - Kündigung Putzfrau per Mitte April
- Statutengenehmigung SVP Oberösch-Niederösch, SVP Studen
- Präsidentenkonferenz

19. April

- Orientierung/Aktuelles
 - Büroinfrastruktur: Neue Möblierung
 - Immobilien AG/GV
 - Personalreglement SVP-Kanton Bern: Ersatz
- Finanzen
 - Status Übergabe/Ausstände
- Grossratswahlen 2006
 - Information
 - Diskussion der Wahlkampfthemen
 - DV nach dem 9.11.2005 (Nomination der FDP?)
- Wahl Bildungskommission: Werner Hostettler für Therese Rufer
- Statutengenehmigung Täuffelen-Gerolfingen-Hagneck, Zäziwil, Wählern und Aarwangen, SVP-Senioren Kanton Bern

10. Mai

- Orientierung/Aktuelles
 - BEA 2005
 - Ersatz des bestehenden LAN's
 - Feier Bundesrat Minger am 14.8.2005
 - Grossratswahlen 2006
 - Austritte in Thörigen
 - Renovation Parteisekretariat
 - Schuldenbremse
 - VR-Richternachfolge Hansjörg Seiler
- Anschaffung Software Mitgliederverwaltung/Server

- Erweiterung des Parteivorstandes/Statutenrevision
- Herstellung des Berner Journals im Sekretariat

28. Juni

- Orientierung/Aktuelles
 - Sektion Bönigen
 - Arbeiten im Sekretariat: Renovation, LAN, Archiv, Keller
 - Präsenz während den Sommerferien
 - Kündigung Gärtner
 - Jahresbeitrag SVP Schweiz
- Mandatinhaberbeiträge: Überarbeitung
- Treffen mit Parteileitung JSVP
- Statutengenehmigung UDC Jura bernois, SVP Aarwangen
- Wahlen 2006: Stand der Arbeiten

9. August

- Orientierung/Aktuelles
 - Arbeiten im Sekretariat: Renovation, LAN, Archiv, Keller
 - UDC JU BE: Statuten
 - Demissionen ZV Schweiz
 - Kopierapparat
- Regierungsratswahlen 2006

30. August

- Orientierung/Aktuelles
- Regierungsratswahlen 2006
- LAG: Beitrag überparteiliches Komitee

11. Oktober

- Orientierung/Aktuelles
 - Terminplan 2006
- Grossrats-/Regierungsratswahlen 2006
- Finanzen
- Ausstände: Aktueller Stand
- Mandatinhaberbeiträge: Diskussion über Anpassung
- Statutenrevision SVP Jens, SVP-Senioren Kt. Bern

13. Dezember

- Orientierung/Aktuelles
 - Nachfolge Ursula Haller im ZV SVP CH
 - Ediphon (Diktiergerät) fürs Museum für Kommunikation
 - DV 10. Januar 2006
 - Regierungsratswahlen 2006

- Grossratswahlen 2006
- HW und SW
- Finanzen
 - Ausstände
 - Mandatsinhaberbeiträge
- Kopiergerät
- Dokumentenverwaltungssystem
- Statutengenehmigung SVP Sigriswil, SVP Biel-Bienne
- Personalplanung Geschäftsleitung

Parteivorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 2, Art 23, zu. Folgende Geschäfte wurden vom Parteivorstand im Jahr 2005 behandelt (exkl. Geschäfte, die anschliessend der Delegiertenversammlung unterbreitet wurden):

11. Januar

- Orientierung/Aktuelles
 - Neue Präsidentin SVP-Frauen Kanton Bern
 - Teilnahme an der BEA 2005
- Parolenfassung für die Abstimmung vom 27. Februar 2005
 - Initiative „für tragbare Steuern“
Kurzorientierung durch Nationalrat Hansruedi Wandfluh (pro) und Regierungsrat Urs Gasche, Finanzdirektor (contra)

15. Februar

- Orientierung/Aktuelles
 - Aus der Wahlleitung Grossratswahlen 2006
 - Mitglied PV Kanton Bern / ZV CH
- Das „Modell Consenec AG“ oder „Alternative Karriere“
Dieter Lehmann (Alt-Präsident des AV Aarberg) und Dr. G. Berner
- Diskussion/Parolenfassung für die Delegiertenversammlung
 - Bilaterale II: Schengen-Dublin
 - Personenfreizügigkeit

6. April

- Orientierung/Aktuelles
 - Schuldenbremse
 - BEA 2005
 - Gedenkfeier Ruedi Minger 14.08.2005

- Grossratswahlen 2006
 - Orientierung Judith Renner, Wahlleitungspräsidentin
 - Konzept Jugendförderung JSVP
- Mitgliedschaft PV Kanton Bern / ZV CH
- Was wäre wenn Herr B. Mitglied der SVP-Kanton Bern bzw. einer Sektion werden möchte?
- Diskussion/Parolenfassung für die DV
 - Spitalversorgungsgesetz
 - Jahresrechnung
 - Budget 2005
 - Jahresbericht

20. Juni

- Orientierung/Aktuelles
- Grossratswahlen 2006
 - Information aus der Wahlleitung: Judith Renner-Bach
 - Wahlkampfthemen
 - Konzept JSVP
- Regierungsratswahlen 2006
 - Vereinbarung mit Kandidierenden
- Statutenrevision
- Rückblick Attacke auf Bundesrat Schmid
- Engagement der SVP-Kanton Bern bezüglich Personenfreizügigkeit
- Engagement der SVP-Kanton Bern bezüglich Gemeindebürgerrecht
- Stiftung der SVP-Kanton Bern

23. August

Die Parteivorstandssitzung musste aufgrund der prekären Hochwassersituation auf den 7. September verschoben werden.

7. September

- Orientierung/Aktuelles
 - PUK BLVK
- Regierungsratswahlen 2006
- Vorlagen 25.9.2005: Diskussion und Parolenfassung
 - Referendum Gesetz über die Anstellung der Lehrkräfte
 - Verfassungsänderung bezüglich Erteilung des Bürgerrechts
 - Änderung des Gesetzes über Kantons- und Gemeindebürgerrecht

18. Oktober

- Orientierung/Aktuelles
- Regierungs-/Grossratswahlen 2006
- Vorlagen 27.11.2005: Diskussion und Parolenfassung

- Volksinitiative „für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft“
- Änderung des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs)

10. November

- Orientierung/Aktuelles
- Regierungsratswahlen 2006/Nominations-DV vom Samstag, 12.11.2005
- Statutenrevision 2006

Delegiertenversammlungen

330. Delegiertenversammlung, Restaurant Kreuz, Dorfzentrum Belp

11. Januar

- Kantonale Abstimmungsvorlage vom 27.2.2005
 - Steuersenkungsinitiative
- SVP-Senioren Kanton Bern
 - Vorstellung und Zielsetzung Rudolf Graf, Präsident
- Verschiedenes/Anträge der Amtsverbände und Sektionen

331. Delegiertenversammlung, Weisses Kreuz, Lyss

15. Februar

- Bilaterale II/Referenden
 - Schengen-Dublin
 - Personenfreizügigkeit
- Ersatzwahl in den Parteivorstand
- Vorstellung der neuen Frauenpräsidentin, Susanne Huber, Gemeinderätin, Meiringen
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

332. Delegiertenversammlung, Saalbau, Kirchberg

6. April

- Spitalversorgung Kanton Bern, Podiumsgespräch
- Kantonale Abstimmungsvorlage vom 5.6.2005
 - Spitalversorgungsgesetz
- Rechnung 2004: Präsentation und Genehmigung
- Budget 2005: Präsentation und Genehmigung
- Jahresbericht 2004
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

23. August

Die Delegiertenversammlung musste aufgrund der prekären Hochwassersituation auf den 7. September verschoben werden.

333. Delegiertenversammlung, Gemeindezentrum Lötschberg, Spiez 7. September

- Kantonale Abstimmungsvorlage vom 25.9.2005
 - Verfassungsänderung (Erteilung Kantonsbürgerrecht) und Änderung des Gesetzes über die Erteilung des Kantons- und Gemeindebürgerrechts
 - Änderung des Gesetzes über die Anstellung der Lehrkräfte (LAG)
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

334. Delegiertenversammlung, Restaurant Kreuz, Dorfzentrum Belp 18. Oktober

- Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 27.11.2005
 - Volksinitiative „für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft“
 - Änderung des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs)
- Regierungsratswahlen vom 9. April 2006
 - Nomination der Bisherigen: Werner Luginbühl (JGK) und Urs Gasche (FIN)
 - Anträge Berner Jura und Mittelland
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Nominationsdelegiertenversammlung, Kant. Waffenplatz, Bern 12. November

- Nomination Regierungsratswahlen vom 9. April 2006
 - Entscheid gemeinsame Liste
 - Antrag Manfred Schürch, Sektion Thörigen: Alleingang
 - Antrag Parteivorstand: Gemeinsame Liste mit der FDP
 - Garantiesitz Berner Jura
 - Antrag Berner Jura: Eine Linie ist für eine bernjurassische SVP-Kandidatur reserviert
 - Entscheid Anzahl Linien
 - Antrag Wahlkreis Mittelland: 4 Kandidaturen auf der 7er-Liste
 - Nomination
 - Wahlprozedere
 - Vorstellung und Nomination(en)
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Kommissionen

Bildungs-, Kultur- und Sportfragen

Präsident: Werner Hostettler, Grossrat, Zollbrück

Zwei Themen haben das Berichtsjahr 2005 geprägt: Der Bericht der PUK über das Debakel der BLVK und die Bildungsstrategie der Erziehungsdirektion.

Die Untersuchungsergebnisse der PUK haben keine neuen wesentlichen Erkenntnisse zu Tage gebracht. Eine völlig falsche Börsenstrategie und eine unvorsichtige Beurteilung der Anlagerisiken durch den Verwaltungsrat haben zu immensen Verlusten geführt. Die ineffiziente Aufsichtspraxis hat träge und zu spät zu wirken begonnen. Strafbare Handlungen sind indes keine festgestellt worden. Die Lehren aus dem Debakel sind schmerzhaft und kommen den Staat, aber auch die Arbeitnehmer, auf Jahre hinaus teuer zu stehen. Mit der erneuten Gewährung der Staatsgarantie konnte die Härte der notwendigen Massnahmen etwas gelindert werden. Etliche Vorstösse wurden überwiesen, um künftige Debakel zu vermeiden.

Die Vorlegung der Bildungsstrategie hat in unserer Fraktion zu eingehenden Diskussionen geführt. Das Werk ist sauber gegliedert und verständlich formuliert. Bemängelt wurde, dass inhaltlich wenig wirklich strategische Elemente aufgeführt sind und der Bericht somit dem Titel kaum gerecht wird. Die Vielzahl der vorgeschlagenen Projekte, welche zweifellos enorme Folgekosten verursachen werden, wecken grosse Zweifel an der möglichen Realisierbarkeit. Diese Bedenken führten nicht zuletzt zur Einreichung einer unverhältnismässig hohen Anzahl von Planungserklärungen. Grundtenor: Nur realistische, finanziell tragbare Projekte sind zu evaluieren. Das Kosten-/Nutzenverhältnis ist bei jedem Vorhaben seriös aufzuzeichnen. Kritische Projekte sind dem Rat vor der Umsetzung zur Genehmigung vorzulegen. Dies gilt insbesondere für die Projekte Integration, Basisstufe, Tagesschulen und Sprachkonzept. Eine Überforderung der Schüler und der Lehrkräfte, aber auch der staatlichen Mittel, muss vermieden werden. Der Bildungsstrategie wird wohl auch künftig besondere Beachtung geschenkt werden müssen und fordert von uns ein grosses Engagement. Der Staat soll so wenig wie möglich und nur soviel als nötig beansprucht werden. Falsche Anreize sind zu vermeiden. Grossrätin Therese Rufer musste leider Mitte Jahr als Präsidentin unserer Kommission zurücktreten. An dieser Stelle danke ich ihr herzlich für ihre äusserst kompetente Führung und ihr engagiertes Wirken. Sie wird uns glücklicherweise als Kommissionsmitglied weiterhin unterstützen und uns mit ihrem enormen Wissen dienlich sein.

In den Dank möchte ich auch alle anderen Mitglieder der Kommission, die aktiv und konstruktiv mitgewirkt haben, einschliessen.

Werner Hostettler

Finanzen und Steuern

Präsident: Hans Ulrich Salzmann, Grossrat, Oberburg

Im vergangenen Jahr 2005 wurde die SVP Finanzkommission zu vier Sitzungen eingeladen. In der Kommission wurden finanzrelevante Geschäfte für die Sessionen vorbereitet und beraten. Im Weiteren haben wir verschiedene Vorstösse ausgearbeitet und eingereicht.

Staatsrechnung 2004

Dass die Staatsrechnung nun bereits seit sieben Jahren mit schwarzen Zahlen abschliesst, ist sehr erfreulich. Die Bruttoschulden gehen ebenfalls seit sieben Jahren zurück. Der Bilanzfehlbetrag hat sich wegen der Korrekturen in Zusammenhang mit der Einführung des NEF aber erhöht, z.B. wegen der rückwirkenden Erhöhung des Abschreibungssatzes von 8 % auf 10 %. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt seit 1998 im Schnitt über 100 %.

Absichtserklärung zur Finanz- und Steuerpolitik

Ein Ausschuss von SVP- und FDP-Mitgliedern hat eine gemeinsame Absichtserklärung zur Finanz- und Steuerpolitik erarbeitet, die Ziele und Stossrichtung für Sanierungspolitik, finanzpolitische Spielräume, kurz- und mittelfristige Schuldenhöhe und Rahmenbedingungen für Steuersenkungen aufzeigt. Die Fraktionen der SVP und FDP haben im Juni dieser gemeinsamen Absichtserklärung zugestimmt.

Steuersenkungen und Schuldenabbau

Die Steuerinitiative wurde am 27. Februar 2005 vom Volk abgelehnt. Das Resultat entsprach unserem Wunsch. Der von uns unterstützte und geforderte Gegenvorschlag in der Höhe von ca. 140 Mio. wurde im Grossen Rat bekanntlich nicht unterstützt und kam nicht zur Abstimmung. Wie weiter?

Die SVP muss auf ihrem Weg weiterfahren. Eine differenzierte Steuersenkung muss vorbereitet werden und eine Festlegung einer Schuldenquote wird die Lösung sein. Ein entsprechendes Konzept wurde erarbeitet und was wichtig ist, mit der FDP abgesprochen, damit die Anliegen auch umgesetzt werden können.

Im Grossen Rat konnten die Motionen Brand „Der Kanton Bern muss einen Schritt vorwärts machen“ und Guggisberg-Brand „Gezielte Steuerentlastung für Familien und Mittelstand“ für eine differenzierte Steuersenkung überwiesen werden. Verschiedene weitere Motionen von SVP-Mitgliedern in Sachen Steuersenkungen konnten nicht überwiesen werden, weil die heutige Finanzlage des Kantons dies nicht erlaubt.

Schuldenbremse

Mit der eingereichten parlamentarischen Initiative Brand-Salzman „Schuldenwachstumsbremse“ wird eine Schuldenquote von 16 % verlangt. Das heisst, das Verhältnis der Bruttoschuld des Kantons zum kantonalen Volkseinkommen (Schuldenquote) darf 16 % nicht übersteigen. Die FDP hat ebenfalls eine Initiative Bolli, „Schuldenbremse“, eingereicht.

Beide Initiativen wurden in der Novembersession vorläufig mehrheitlich unterstützt.

Eine Kommission wird die Initiativen weiter bearbeiten und dem Grossen Rat einen Vorschlag unterbreiten. Über eine entsprechende Vorlage (Verfassungsänderung) muss das Volk entscheiden.

Aufgabendialog Kanton Bern

In einem konstruktiven Dialog will der Regierungsrat zusammen mit dem Grossen Rat, den Gemeinden, den politischen Gruppierungen und Interessengruppen die Frage prüfen, welche Aufgaben der Kanton in Zukunft erfüllen und damit auch finanzieren soll. Die SVP unterstützt dieses Projekt voll und ganz und erhofft sich damit eine Verbesserung des Staatshaushaltes.

Für die gute, konstruktive und kameradschaftliche Zusammenarbeit im vergangenen Jahr danke ich allen Beteiligten bestens.

Allen Wiederkandidierenden wünsche ich eine erfolgreiche Wiederwahl.

Hans Ulrich Salzmann

Soziales und Gesundheit

Präsident: Dr. Jürg Eberle, Grossrat, Grossaffoltern

In der Aprilsession nahm der Grosse Rat den Bericht des Regierungsrates über die Alterspolitik im Kanton Bern zur Kenntnis. Der Bericht rechnet damit, dass die Zahl von heute 20'000 Pflegebedürftigen bis ins Jahr 2030 um 8750 Personen anwachsen wird. Mit dieser Zahl muss sich die Alters- oder besser gesagt die Betreuungspolitik des Kantons Bern auseinandersetzen. Der Bericht, an dessen Vernehmlassung die Kommission mitgearbeitet hatte, zeigt in neun Handlungsfeldern auf, wie Betreuungsbedürftigen geholfen werden kann und mit welchen Massnahmen allenfalls die Betreuungsbedürftigkeit zu reduzieren und die Selbständigkeit zu fördern ist. Wir müssen uns bewusst sein, dass all die vorgeschlagenen Massnahmen nicht zum Nulltarif zu haben sind. Wenn die beschriebenen Massnahmen für eine entsprechende Altersvorsorge ausbleiben oder die Planungszahlen übertroffen werden, gibt es nur eine Alternative: nämlich einen massiven Ausbau des stationären Heimange-

botes, d.h. es müssten über 150 neue Alters- und Pflegeheime nach heutigem Muster mit ca. je 40 Betten gebaut werden, was mit Investitionskosten von über 1 Milliarde Franken und zusätzlichen jährlichen Betriebskosten von über 35 Mio. verbunden wäre, was sich der Kanton Bern in der heutigen Lage schlicht und einfach nicht leisten könnte.

Dieser Bericht ist offensichtlich von der GEF erarbeitet worden, er richtet sich aber an die Gemeinden und Regionen. Die Gemeinden dürfen sich nicht zurücklehnen mit der Begründung, der Grosse Rat hat den Bericht zur Kenntnis genommen, jetzt warten wir ab, was der Kanton unternimmt. Es ist nicht der Kanton, der handeln muss, sondern es sind die Gemeinden resp. Regionen, die ihre Aufgaben im Bereich der Alterspolitik lösen müssen. Der Kanton hat jetzt die Stossrichtung vorgegeben und der Kanton unterstützt die Regionen z.T. auch mit Finanzen, sofern die Regionen über ein solides und brauchbares Altersleitbild verfügen.

Am 5. Juni 2005 ist das neue Spitalversorgungsgesetz von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern des Kantons Bern angenommen worden. Die Abstimmung war erforderlich, weil gegen die Vorlage des Grossen Rates das Referendum in Form eines Volksvorschlages ergriffen worden war. Das Referendum, das von den Personalverbänden und der Gewerkschaft VPOD getragen wurde, richtete sich einerseits gegen die offen formulierten Bestimmungen im Personalbereich und andererseits gegen die mögliche Beteiligung von Dritten an den Trägerschaften der zukünftigen Regionalen Spitalzentren (RSZ). Sowohl der Volksvorschlag als auch die Vorlage des Grossen Rates sind angenommen worden. Allerdings ist in der Stichfrage dem Volksvorschlag deutlich der Vorzug gegeben worden. Die Personalverbände konnten mit einfachen Schlagwörtern wie „Ausverkauf der Spitäler“ die Stimmberechtigten auf ihre Seite ziehen. Für die Befürworter der Grossratsvorlage hingegen war der Abstimmungskampf bedeutend schwieriger, da sie nicht mit einfachen Aussagen die Differenzen zwischen den beiden Vorlagen erklären konnten. Nach dem klaren Verdikt der Stimmberechtigten haben wir nun folgende Situation:

- Spitäler, mit denen der Kanton einen Leistungsvertrag abschliesst, haben im Personalbereich den Gesamtarbeitsvertrag oder dort, wo ein GAV fehlt, die vom Regierungsrat festgelegten Minimalanforderungen zu erfüllen.
- Dadurch, dass der Kanton an allen Aktiengesellschaften der RSZ die Mehrheitsbeteiligung haben muss, wird der Kanton in allen öffentlichen Spitälern eine nicht ganz unproblematische Mehrfachrolle spielen: Der Kanton ist *Besitzer und Hauptaktionär, Bewilligungsinstanz, Leistungsbesteller, Vertragspartner, Geldgeber, Aufsichtsbehörde und Controller*.

Den dritten Schwerpunkt im Berichtsjahr bildete die Vernehmlassung zur Spitalversorgungsverordnung. Mehrerer Kommissionsmitglieder hatten sich an dieser umfangreichen Arbeit beteiligt. Es ging vor allem darum, zu überprüfen, wie die Regierung beabsichtigt, einzelne Gesetzesbestimmungen durch die Verordnung umzusetzen. Die GEF teilte mit Schreiben vom 7. Dezember 2005 den Vernehmlassungsteilnehmern mit, dass der Regierungsrat Gesetz und Verordnung auf den 1.1.2006 in Kraft gesetzt hat. Mit einer gewissen Genugtuung dürfen wir feststellen, dass in der vom Regierungsrat verabschiedeten Verordnung mehrere Anliegen der SVP aufgenommen worden sind.

Im Spitalversorgungsgesetz steht, dass der Regierungsrat die Leistungserbringer bezeichnet, die für die Psychiatrieversorgung im Kanton notwendig sind. Weiter heisst es, dass die Psychiatrieversorgung sichergestellt werden kann durch *Regionale Spitalzentren, kantonale psychiatrische Kliniken, das psychiatrische Universitätsspital und weitere inner-, ausser- oder interkantonale Leistungserbringer*.

Wir wissen, dass sich die Gesundheits- und Fürsorgedirektion seit längerer Zeit mit der Psychiatrieplanung im Kanton Bern beschäftigt. Gespannt warten wir auf erste Resultate, da parallel zur Psychiatrieplanung an einem grossen Umbauprojekt in der Waldau gearbeitet wird. Dieses Umbauprojekt hat bereits im Vorfeld zu heftigen Reaktionen geführt, in denen die unterschiedlichen Auffassungen zwischen der psychiatrischen Versorgung in den Regionen und der Betreuung im psychiatrischen Universitätsspital deutlich zum Vorschein kommen. Die Kommission wird diese Fragen intensiv diskutieren, bevor die Psychiatrieplanung und/oder das Umbauprojekt dem Grossen Rat unterbreitet werden.

In der letztjährigen Berichterstattung ist auf die in der Zukunft fehlenden Hausärzte hingewiesen worden. Im Grossen Rat sind mehrere Vorstösse zu dieser Frage diskutiert und auch überwiesen worden. Es ist nicht nur die Politik, die sich in diesem Bereich engagiert. Immer mehr wird auch in der Presse und im Fernsehen darüber diskutiert. Hoffen wir auf eine entsprechende Lösung in der Ausbildung der zukünftigen Ärzteschaft; aber gleichzeitig hoffen wir auch auf eine höhere Bereitschaft von motivierten Ärztinnen und Ärzten, sich in der Hausarztmedizin zu engagieren.

Ich danke allen Damen und Herren, die sich im vergangenen Jahr in irgendeiner Form in Gesundheitsfragen engagiert und aktiv an der Kommissionsarbeit mitgewirkt hatten.

Jürg Eberle

Bau/Verkehr/Energie und Gewerbekommission

Präsident: Hans Grunder, Grossrat, Rüegsauschachen

Die Kommission **Bau, Verkehr, Energie** und die **Gewerbekommission** halten ihre Sitzungen seit dem Tod unseres Grossratskollegen Hans Bichsel gemeinsam ab, faktisch sind die beiden Kommissionen zusammengelegt. Dieser Zustand hat sich grundsätzlich bewährt und es muss auf die neue Legislatur von der Parteileitung überlegt werden, ob die Situation durch eine Statutenänderung legalisiert werden müsste.

Die Kommission hat sich schwergewichtig mit der Vorbereitung der Sessionsgeschäfte sowie mit verschiedenen wichtigen Vernehmlassungen zu Händen des Vorstandes befasst.

Da sich das Politkarussell im Moment vornehmlich mit den Wahlen befasst, verzichte ich auf einen ausführlichen Bericht, stehe aber für Fragen gerne zur Verfügung.

Hans Grunder

Landwirtschaft-Tourismus

Präsident: Peter Andres, Grossrat, Roggwil

Ab Mai 2005 durfte ich das Präsidium der Landwirtschaftskommission übernehmen. Meinem Vorgänger Grossrat Christian Oesch, Eriz, danke ich hiermit für die geleistete Arbeit während der letzten vier Jahre.

Als Vizepräsident begleitet mich Grossrat Fritz Reber, Eggwil. Die Arbeit in der mit 32 Grossrats- und 3 Nationalratsmitgliedern besetzten Kommission gestaltet sich spannend und herausfordernd.

Die Februar- und Aprilsession 2005 standen im Zeichen von Vorstössen zum Thema Rabenkrähen. Die Bekämpfungsmassnahme der Rabenkrähe hat in den Medien einen ungeheuren Wirbel ausgelöst. Wir haben den kontrollierten Einsatz eines Betäubungsmittels durch die Wildhut begrüsst und unterstützt. Die Volkswirtschaftsdirektion und das Jagdinspektorat haben die Aktion mutig und professionell durchgeführt. Letztlich hat sich auch der bernische Grossrat in der Februarsession für die Dezimierung der Krähen ausgesprochen. Die Motion von Grossrat Paul Messerli, Kirchdorf, und Grossrat Henri Lecomte, Diesse, welche die Aktion veranlasst hatten, wurde deutlich gutgeheissen.

In der zweiten Jahreshälfte war die Vernehmlassung zur Agrarplattform 2011 des Bundes das dominierende Thema. In verschiedenen Motionen und Interpellationen aus den Reihen der Landwirtschaftskommission wurde auf die Problematik der AP 2011 und der World Trade Organisation (WTO) aufmerksam gemacht, wie zum Beispiel:

Motion Alfred Gerber (Gohl), und Hans Rösti (Kandersteg) „Erhaltung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen im ländlichen Raum“ verlangte unter anderem, dass Änderungen am Direktzahlungssystem keinen Mittelabfluss aus dem Kanton Bern zur Folge haben, sowie den Erhalt der Siloverzichtszulagen und dass eine möglichst hohe Verkäsungszulage auch in Zukunft beibehalten wird.

Motion Erich von Siebenthal (Gstaad) „Strukturwandel birgt Gefahren im Hügel und Berggebiet“.

Interpellation Fritz Freiburghaus (Rosshäusern) „AP 2011 – gibt es noch einen Ackerbau im Kanton Bern?“ Während der Vernehmlassung zur AP 2011 wurden uns je ein Entwurf der Stellungnahme des Kantons von Willi Gerber und Peter Wäfler und der LOBAG von Henriette von Wattenwyl vorgestellt.

Zum Ausdruck kommt, dass der Agrarkredit 2008-2011 um mehrere hundert Millionen erhöht werden muss, damit es den Haupt- und Erwerbskombinationsbetrieben im Kanton Bern ermöglicht wird, einen angemessenen Lebensunterhalt zu verdienen. Die Anliegen unserer Motionäre und Interpellanten wurden in den Vernehmlassungen sehr gut berücksichtigt. Die Landwirtschaftskommission SVP-Kanton Bern verabschiedete im Anschluss eine Stellungnahme zu Handen der SVP Schweiz.

An dieser Stelle möchte ich einen besonderen Dank der LOBAG und ihrer Stv. Geschäftsführerin Henriette von Wattenwyl aussprechen. Sie hat sich einmal mehr für die Anliegen der bernischen Landwirtschaft stark gemacht

Neben den Vorstössen hörten wir sehr interessante Referate von Willi Gerber und Hansueli Gammenthaler, Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT), über den Bericht Administration und Kontrollen in der Landwirtschaft. Die Hochschule für Landwirtschaft Zollikofen führte im Auftrag des LANAT eine Studie zum Thema Kontrollen in der Landwirtschaft durch. Wichtig scheint mir die Feststellung, dass der Kanton Bern im Quervergleich mit den anderen Kantonen gut dasteht.

Damit wir Glaubwürdigkeit für die Direktzahlungen geltend machen können, sind diese umfassenden Kontrollen nötig. Eine sinnvolle Koordination ist meines Erachtens anzustreben und umzusetzen.

Regierungsrätin Elisabeth Zölch ehrte uns Ende August mit ihrem Besuch und erläuterte die LANAT-Strategie 2010, in der die fünf folgenden Oberziele definiert werden: 1. Agrarwirtschaft, 2. Agrarökologie, 3. Nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums, 4. Natur und Landschaftsschutz, 5. Verbraucherschutz. Ziel der LANAT-Strategie soll der optimale Einsatz der für die Landwirtschaft reservierten Gelder sein.

Ganz herzlich bedanke ich mich bei unserer Volkswirtschaftsdirektorin Regierungsrätin Elisabeth Zölch; ihr grosses Engagement für die Berner Landwirtschaft verdient unsere Anerkennung. Leider verlässt uns Elisabeth per Ende der laufenden Legislatur. Ich wünsche ihr im Namen der Landwirtschaftskommission SVP des Kantons Bern von ganzem Herzen eine neue, spannende Herausforderung!

Peter Andres

Justiz/Gemeinde und öffentliche Sicherheit

Vizepräsident: Peter Aeschlimann, Grossrat, Neuenegg

Die Justizkommission (Juko) nimmt im Auftrag des Grossen Rates die Aufsicht über die Geschäftsführung der obersten kantonalen Gerichte wahr. Dabei untersteht der Strafvollzug nicht dieser Aufsicht. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Gefängnisplätze kann aber Auswirkungen auf die Geschäftsführung der Justiz haben. Mit Besuchen in den Erwachsenenstrafvollzugsanstalten Thorberg und St. Johannsen verschaffte sich die Juko Einblicke in diesen Bereich, im Berichtsjahr widmete sie sich zudem dem Jugendstrafvollzug.

Seit Jahren ist die Unterbringung psychisch kranker Straftäter aktuell. Im November 2004 wurde der Regierungsrat beauftragt, eine Unterbringungsmöglichkeit für psychisch abnorme Rechtsbrecher auf dem Areal der Waldau zu schaffen. Diese forensisch-psychiatrische Station soll nun anfangs 2010 in Betrieb genommen werden können. Sie soll 14 Plätze umfassen und bedingt Investitionen von 8,8 Mio. Franken.

Weitere Veränderungen stehen an. Die Steuerrekurskommission wird im Verlauf des Jahres 2007 in einem ersten Schritt in ein professionelles Steuergericht ohne Fachrichter umgewandelt. Beim Verwaltungs- und Obergericht sind seit mehreren Jahren Organisationsstrukturen und Leistungsbeurteilung Themen.

Die Umsetzung der Justizreform II erfordert die Revision mehrerer Gesetze in einem zeitlich engen Rahmen. Die Einbindung der Einführung neuer Gerichtsorganisationen und der Regelung der Leistungsbeurteilung für Richterinnen und Richter in dieses Projekt wäre aus der Sicht der Juko sinnvoll.

2005 hat der Grosse Rat 3356 Personen das Kantons- und Schweizerbürgerrecht erteilt. Künftig nimmt der Regierungsrat diese Kompetenz wahr. Die Straferlassgesuche sollten beim Grossen Rat belassen werden, handelt es sich doch um einen Hoheitsakt, der ausserhalb des prozessualen Rechtsganges gewährt wird.

Bei folgenden Erlassen übernahm die Juko die Beratung: Revision des Jugendrechtspflegegesetzes und des Dekrets über die Gebühren der Jugendrechtspflege, Dekret betreffend die Taggelder und Reiseentschädigungen in der Gerichts- und Justizverwaltung (Änderung), die Änderung des Gesetzes vom 6. Oktober 1940 betreffend Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches sowie die Justizreform (Verfassungsänderung). Seit Januar 2005 entscheidet die Juko zudem über Bildung, Aufhebung oder Gebietsveränderungen von Gemeinden nach den Vorschriften der Gemeindegesetzgebung. Mit den Präsidien der Steuerungs- und der Oberaufsichtskommission werden periodisch Koordinationssitzungen durchgeführt.

Dank hervorragenden Bewerbungen konnte unsere SVP im Berichtsjahr wiederum frei werdende Richterstellen kompetent besetzen. Dieser Umstand und die Tatsache, dass alle Beteiligten – Kommission Richterwahlen, Fraktionsspitze, Juko, Parteisekretariat - eng miteinander und koordiniert arbeiten, macht ein solches Ergebnis überhaupt möglich. Herzlichen Dank allen Verantwortlichen.

Peter Aeschlimann

SVP-Frauen Kanton Bern

Präsidentin: Susanne Huber, Meiringen

Das zweite Jahr nach der Umstrukturierung zu unserem SVP-Frauen-netzwerk stand ganz im Zeichen der Vorbereitung der Regierungsrats- und Grossratswahlen 2006. Im Januar haben wir uns von der Präsidentin Monika Keller und der Sekretärin Monika Heinis verabschiedet. Als Nachfolgerin von Monika Heinis konnten wir Silvia Schlappbach aus Thun gewinnen. Sie vertritt in der Steuergruppe die junge Generation SVP-Frauen.

Es hat sich gezeigt, dass uns die Kommunikation auf dem elektronischen Weg erlaubt, die am Netzwerk angemeldeten Frauen schnell über politisch aktuelle Themen zu informieren. Ebenfalls können wir diesen Kanal nutzen, um zu verschiedenen aktuellen Geschäften die Meinung der SVP Frauen im Kanton Bern einzuholen.

Zusammen mit den FDP- und CVP-Frauen des Kantons Bern haben wir mit Unterstützung von Frauen-Info am 2. Mai 2005 in Belp einen Anlass zum Thema Bilaterale Verträge II durchgeführt. Als Referentin hat Regierungsratskandidatin Monique Jametti Greiner in gewohnt kompetenter Weise zum Thema Auskunft gegeben.

Am 9. November 2005, im Vorfeld zur Nominationsversammlung für die Regierungsratskandidaturen, haben wir einen Netzwerkanlass zum Thema Zeitmanagement oder Wie bringe ich alles unter einen Hut' durchgeführt. Regierungsrätin Elisabeth Zölich und Nationalrätin Ursula Haller haben uns ihre persönlichen Erfahrungen geschildert. Im zweiten Teil der Veranstaltung bestand die Gelegenheit, die Kandidatinnen für die Nominationsversammlung Regierungsratswahlen, Monique Jametti Greiner, Judith Renner-Bach und Susanne Huber kennen zu lernen.

Mit 52 kandidierenden Frauen für die Grossratswahlen haben wir unser Ziel, 30 % der Listenplätze mit Frauen zu besetzen, leider nicht erreichen können. Allen, die sich für eine Kandidatur entschieden, herzlichen Dank für das Engagement und am 9. April 2006 viel Erfolg. Wir sind stolz, kompetente und erfahrene Frauen in unserem Netzwerk zu haben. Bereits jetzt können wir mit dem Aufbau und der Vorbereitung der Wahlen 2010 beginnen - damit wir bis dahin das gesetzte Ziel in Sachen Listenplätzen erreichen werden.

Die Nominationsversammlung für die Regierungsratswahlen am 12. November 2005 war ein grosser Erfolg für die Frauen. Da die Delegierten einer 4. Linie für den Berner Jura zustimmten, war der Weg für zwei Frauenkandidaturen offen. Als Kandidatin für die Nachfolge von Elisabeth Zölch hat sich Monique Jametti Greiner gegen Judith Renner-Bach durchgesetzt. In letzter Minute wurde für den Berner Jura Annelise Vaucher lanciert. In der Abstimmung hat sie Nationalrat Walter Schmied auf den zweiten Platz verwiesen. Mit diesen beiden Nominationen steht die SVP mit zwei Frauen und zwei Männern im Wahlkampf für den Regierungsrat. Über diesen Ausgang der Delegiertenversammlung haben wir uns sehr gefreut - wir wünschen Monique Jametti Greiner und Annelise Vaucher viel Erfolg.

Mit der Rücktrittsankündigung von Elisabeth Zölch hat die Steuergruppe in meinem ersten Präsidialjahr mit einer besonderen Herausforderung starten können - herzlichen Dank für die engagierte Unterstützung. Nur mit dem Einsatz von uns allen können wir die SVP Frauen zu weiteren Erfolgen führen.

Susanne Huber

Junge SVP Kanton Bern

Präsident: Erich J. Hess, Bern

An der Hauptversammlung vom 3. Mai 2005 wurde ich in einer Kampfwahl, mit grosser Mehrheit zum neuen Präsidenten der Jungen SVP Kanton Bern gewählt. Seit diesem Zeitpunkt wurde Einiges in der Jungen SVP gearbeitet. Als Erstes überarbeiteten wir die Parteistatuten sowie unsere gesamten Parteistrukturen und erstellten verbindliche Pflichtenhefte für die Parteifunktionäre der Jungen SVP. Am Anfang war es nicht ganz einfach, solche Erneuerungen sofort und konsequent umzusetzen, aber mittlerweile haben sich alle sehr gut daran gewöhnt und die Neuorganisation funktioniert reibungslos. Die Junge SVP hat dadurch enorm an politischer Effizienz und Schlagkraft zugelegt und es gilt nun, diese Stärke in politische Mandate umzuwandeln.

An allen Fronten hat unsere Jungpartei an der Spitze mitgekämpft. Wir haben auf nationaler Ebene aktiv gegen die Schengen-/Dublinverträge und den freien Personenverkehr mit den Oststaaten gekämpft. Wir haben uns für das neue Ladenöffnungsgesetz in Bahnhöfen und für das Gentech-Moratorium eingesetzt. Auf kantonaler Ebene machten wir uns für die Steuersenkungsinitiative und für das Lehreranstellungsgesetz stark. Aber auch auf kommunaler Ebene haben wir uns für bürgerliche Anliegen ins Zeug gelegt.

So erzwangen wir in der Stadt Bern zum Beispiel als federführende Partei mit grossem Erfolg das Referendum gegen den neuen, 23 Millionen Franken teuren Entsorgungshof Nord. Wir kämpften auch an vorderster Front bei der Reitschulinitiative mit. Diese wollte erreichen, dass die Missbräuche rings um die Schützenmatte und die Sonderrechte endlich ein Ende haben.

Dies ist nur ein kleiner Teil der Themen, bei denen wir aktiv versuchten, unsere politischen Überzeugungen in Aktivitäten umzusetzen. Wir konnten uns leider noch nicht ganz bei allen Themen durchsetzen, aber wie heisst das Sprichwort so schön: „Steter Tropfen höhlt den Stein!“

Bei der Öffentlichkeitsarbeit konnten wir enorm zulegen und haben unsere Stellung als grösste Jungpartei gefestigt. Man sah uns vermehrt wieder an Standaktionen, Flugblattverteilkaktionen und weiteren Werbeanlässen. Unsere Präsenz in den Medien konnten wir ausbauen und dies mit meist positiven Rückmeldungen. Dies nicht zuletzt dank unseren neuen JSVP-Vertretern in den Stadtparlamenten von Bern und Langenthal.

Aber eigentlich schaue ich nicht gerne in die Vergangenheit, diese ist vorbei und kann nicht verändert werden! Wir können höchstens Lehren daraus ziehen. Ich blicke also lieber in die Zukunft: die Junge SVP muss noch mehr ihre Arbeit in den einzelnen Regionen des Kantons ausbauen. Es gilt, dank den neuen Strukturen ein Netzwerk aufzubauen und vorab den Kontakt mit den Sektionen der SVP zu intensivieren und zu verbessern. Ich danke hiermit allen, welche die Junge SVP in ihren Aktivitäten moralisch, tatkräftig und/oder finanziell unterstützt und vorwärts gebracht haben.

Erich J. Hess

Landesteile

Emmental

Die ordentlichen Geschäfte wurden an den drei Landesteil-Delegiertenversammlungen abgewickelt. Ständiges Traktandum war dabei die Vorbereitung der Regierungs- und Grossratswahlen 2006. Bereits am 4. November 2004 wurde die Listengestaltung festgelegt. Es wurde beschlossen, dass wir mit 34 Kandidaten bzw. Kandidatinnen und 2 Listen ins Rennen gehen werden. Die Kandidatensuche war in verschiedenen Sektionen schwierig, aber nicht unmöglich. An der DV vom 27. Oktober 2005 konnten im Restaurant Bori Schlossberg in Signau acht SVP-Grossratskandidatinnen und 26 SVP-Grossratskandidaten nominiert werden, die alle gut ausgewiesen sind und voller Power in den Wahlkampf gehen.

Mein Dank geht an die Verantwortlichen in den Sektionen für ihre Arbeit, die Kandidierenden für ihren Einsatz und die Mitarbeitenden im kantonalen Parteisekretariat für ihre Unterstützung.

Hans Wüthrich,
Präsident

Jura bernois

L'année 2005 restera maquée dans les anales de notre activité politique régionale. Dès notre assemblée générale d'avril 2005 nous avons défini et fixé les objectifs politiques pour l'UDC Jura bernois.

1^{er} objectif : obtenir du parti cantonal une ligne à disposition pour l'élection du Conseil exécutif.

2^{ème} objectif : maintenir nos trois sièges de député pour le cercle du Jura bernois tout en essayant d'augmenter nos suffrages.

3^{ème} objectif : participer à la mise en place du nouveau Conseil du Jura bernois en espérant placer 6 élus sur 24 en avril 2006.

Fort de ces objectifs bien définis la tâche principale a été de préparer les différentes listes nécessaires en trouvant les candidats/-es les mieux connus afin de favoriser nos chances. Lors de notre assemblée extraordinaire du 28 octobre un candidat en la personne de notre Conseiller National Walter Schmied avait été désigné pour figurer sur la liste pour l'élection du Conseil exécutif.

Cependant la plus grande bataille a dû être livrée pour l'obtention d'une ligne sur la liste majoritaire pour le Gouvernement lors de la mémorable assemblée du parti cantonal en date du samedi 12 novembre 2005 à Berne. D'entrée de cause, un délégué a demandé que si l'assemblée déciderait de partir en élection avec 4 candidats il était nécessaire de réserver une ligne au Jura bernois. Toutefois, il demanda que l'assemblée des délégués puisse bénéficier d'un choix au minimum entre deux candidats pour le Jura bernois. A ce moment là, M. Grünig présenta Madame Annelise Vaucher de Cormoret qui accepta d'être candidate uniquement si le Jura bernois obtenait une ligne. Après une longue discussion, et surtout une revendication du Jura bernois bien expliquée, l'assemblée des délégués décida de partir avec 4 candidats/-es et Madame Vaucher fut désignée par une grande majorité au dépend de Walter Schmied.

Ainsi le parti UDC JB aura pour la première fois de son histoire la possibilité de participer à l'élection du futur Conseil exécutif en date du 9 avril 2006. Je profite de l'occasion pour remercier les délégués du parti cantonal qui ont accepté que notre région soit une fois prise en considération pour cette élection importante. Jusqu'à la fin de l'année nous nous sommes employés à finaliser les listes pour les élections du Grand Conseil pour lesquelles nous présenterons 12 candidats/-es.

Pour la première fois dans notre région le futur Conseil du Jura bernois sera élu au suffrage universel et nous présentons 24 candidats/-es provenant de régions et d'horizons différents pour cette élection. Ce Conseil du Jura bernois sera appelé à représenter la région dans le cadre du canton de Berne, il aura des tâches de consultations, il pourra faire des propositions, il bénéficiera de compétences notamment dans les domaines de la langue et de la culture, il sera l'interlocuteur privilégié des relations dans les domaines de l'instruction en langue française avec les partenaires d'autres cantons romands et finalement il bénéficiera d'un droit d'initiative.

Après ce bref miroir politique qui nous donne dans les grandes lignes nos activités 2005, il s'agira comme par le passé à s'investir totalement et tous ensembles pour consolider à l'avenir toutes ces démarches entreprises depuis longtemps afin d'être également le mieux positionné face aux grands défis électoraux de 2006 et 2007.

En conclusion, nous ferons tout avec l'appui du parti cantonal afin de faire face au mieux à ces grandes échéances politiques du canton de Berne.

Roland Benoit,
président

Mittelland

Wie bei den anderen Landesteilen haben die Wahlkreisreform und die bevorstehenden Wahlen auch im Mittelland ihre Spuren hinterlassen. Um das Positive vorwegzunehmen: unsere „neuen“ Mitglieder Peter Aeschlimann und Fritz Freiburghaus haben die Landesteilfraktion im positiven Sinn bereichert. Der Horizont wird buchstäblich etwas weiter gesetzt, und dies nicht nur im örtlichen Sinn, sondern auch was die Vielfalt der Meinungen anbelangt. Selbstverständlich darf als positiver Nebeneffekt das Kennenlernen von neuen Gasthäusern als Tagungsorte nicht unerwähnt bleiben!

Die Abgänge langjähriger Kollegen sorgten zudem für Lücken auf der einen und frischen Wind auf der anderen Seite. So konnten wir im Verlauf der zweiten Jahreshälfte für den abtretenden Grossrat Hans Etter, Sabina Geissbühler in unseren Reihen begrüßen. Ebenfalls aus wahltaktischen Gründen beendete Hans Aeschbacher (Muri) seine Grossratskarriere ein paar Monate vor der Zeit: am Ende der Legislatur hätte ihn die Amtszeitbeschränkung eingeholt. Auf ihn folgte Fritz Sieber.

Ein „Glücksfall“ war der vorzeitige Rücktritt des Kollegen Aeschbacher für die SVP-Sektionen des Wahlkreises Mittelland. Hans konnte als neutraler Wahlleiter gewonnen werden, was in den gewöhnungsbedürftigen, neuen Verhältnissen eine grosse Hilfe war.

Nicht ganz spurlos geht natürlich der sich vermehrt abzeichnende Graben zwischen Stadt und Land an der Mittellandfraktion vorbei. Aufgrund der Zusammensetzung unserer Gruppe werden bei verschiedenen Geschäften äusserst engagierte Diskussionen mit unterschiedlichen Standpunkten geführt. Die Initiative „Pro Region“ mit dem Initianten in den eigenen Reihen ist dafür nur ein Beispiel. Es zeugt von der guten Kameradschaft innerhalb der Fraktion, dass diese Debatten bisher und auch künftig stets in sachlichem und fairem Ton geführt werden.

Erika Siegenthaler, Grossrätin,
Präsidentin

Oberland

In der Politik ist es manchmal wie in der Grammatik. Ein Fehler, den alle begehen, wird schliesslich als Regel anerkannt. (André Malraux)

Delegiertenversammlung LVO

Am 8. Februar 2005 fand im Hotel Simmental in Boltigen die ordentliche Delegiertenversammlung des LVO mit 56 Teilnehmer(innen) statt. Namentlich erwähnen möchte ich dabei unseren Regierungsrat Werner Luginbühl, Nationalrätin Ursula Haller sowie unseren kantonalen Parteisekretär Christoph Neuhaus, welche unserer Versammlung aufmerksam folgten. Die traktandierten Geschäfte konnten, da keine grossen Diskussionen folgten, zügig behandelt werden. Die Finanzen des LVO sind nach wie vor gesund und bewegen sich im Rahmen der Vorjahre. Als Nachfolgerin für den langjährigen, leider zurücktretenden LVO-Sekretär/Wahlleiter Bruno Isenschmid wählten die LVO-Delegierten einstimmig und mit grossem Applaus Mirjam Wiedmer aus Erlenbach im Simmental. Der negativen Mitgliederbewegung im LVO (11% Rückgang in den letzten 5 Jahren) muss mit aller Kraft Einhalt geboten werden, hier sind wir auf allen Stufen der Partei zur aktiven Mitarbeit gefordert.

Grossratswahlen 2006

Grosse Ereignisse werfen, auch für das Jahr 2006, ihre Schatten voraus. Aufgrund gesetzlich bedingter Änderungen mit neu 160 statt wie bisher 200 Grossräten sowie neu 8 anstatt wie bisher 27 Wahlkreisen, ergibt sich eine vollkommen neue Situation für die Wahlen am 9. April 2006. Die Wahlleitung des Wahlkreises Berner Oberland hat sich zum Ziel gesetzt, 8 Mandate zu erobern. Von den bisher 9 SVP-Grossräten werden 8 wieder kandidieren. Erfreulicherweise konnten auf 3 Listen (BO Ost, BO Mitte, BO West) total 42 Kandidaten für die Grossratswahlen 2006 gewonnen werden. Als Wahlkoordinator wirkt Alt-Nationalrat Hanspeter Seiler. Er bildet zusammen mit dem Kassier und der Sekretärin des LVO sowie den Wahlleitern der 5 Amtsbezirke die Wahlleitung SVP für den Wahlkreis Berner Oberland.

Zum Schluss möchte ich allen Chargenträgern in der SVP, vom einfachen Mitglied, über die Sektions- und Amtsverbandsvorstände, den Gross- und Nationalräten, den Regierungstatthaltern, Richtern sowie allen nicht namentlich genannten Funktionären der SVP meinen ganz herzlichen Dank für das grosse Engagement und den Einsatz für die Partei und Öffentlichkeit überbringen im Wissen mit Goethe, welcher sagte:

Leider lässt sich wahrhafte Dankbarkeit mit Worten nicht ausdrücken.

Gerhard Fischer, Grossrat,
Präsident

Seeland

Das Jahr 2005 stand ganz im Zeichen der Vorbereitung auf die Grossrats- und Regierungsratswahlen 2006. An der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 9. Februar im Hotel Krone in Aarberg wurde nebst den ordentlichen Traktanden auch der Wahlausschuss vorgestellt. Ich möchte hier schon allen danken, die sich bereit erklärt haben, diese nicht leichte Aufgabe anzunehmen. Ein besonderer Dank geht an Fritz Marthaler aus Biel, der das Präsidium übernommen hat. Erstmals nach der Statutenrevision wurden im Landesteil Seeland Parolen zur Volksabstimmung gefasst. Regierungsrätin Elisabeth Zölch orientierte über die Steuersenkungsinitiative. Die Delegierten lehnten die Initiative mit grossem Mehr ab.

Am 30. März tagte der Vorstand zusammen mit dem Wahlausschuss. Es wurde beschlossen, zuerst Kandidatinnen und Kandidaten zu suchen, bevor die Listenanzahl bestimmt wird. Dieser Entscheid wurde an einer gemeinsamen Sitzung Vorstand/Wahlausschuss gefällt. Die Nomination der Kandidierenden fand an der Delegiertenversammlung vom 26. Oktober im Hotel Krone in Aarberg statt. Nach 8 Wahlausschusssitzungen konnte der Präsident Fritz Marthaler an der DV vom 26. Oktober orientieren, dass der SVP Landesteil Seeland mit einer Liste mit 26 Kandidatinnen und Kandidaten in die Grossratswahlen 2006 geht. Alle anwesenden Grossratskandidatinnen und -kandidaten konnten sich während eineinhalb Minuten persönlich vorstellen. Die Delegierten nominierten alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten einstimmig. Ziel ist, dass der Landesteil Seeland im neuen, 160 Personen umfassenden Grossrat, mit 9 Mitgliedern, davon 2 Frauen, vertreten ist. Listengestaltung: Zuerst die bisherige Grossrätin Béatrice Struchen, anschliessend die neuen Grossratskandidatinnen, danach die bisherigen Grossräte, die Junge SVP und die neuen Grossratskandidaten. Auf eine französischsprachige Liste wird verzichtet.

Regierungsratswahlen 2006

Erfreulicherweise stellten sich für die Regierungsratswahlen aus dem Landesteil Seeland Judith Renner und Andreas Sutter, zwei ausgewiesene Persönlichkeiten, zur Verfügung. Sie wurden von den Delegierten ebenfalls nominiert. Leider haben sie dann die Hürde auf kantonaler Ebene nicht geschafft. Es ist zu bedauern, dass das Seeland einmal mehr in der neuen Legislatur im Regierungsrat nicht vertreten sein wird. Mit voller Kraft wird sich das Seeland nun für die Grossratswahlen einsetzen, damit das hochgesteckte Ziel erreicht wird. Leider mussten wir im Laufe des Jahres die Demission unserer langjährigen Sekretärin Evelin Linder entgegennehmen. Ich möchte ihr an dieser Stelle für ihre zuverlässige Arbeit noch einmal herzlich danken. Als Nachfolger konnten wir erfreulicherweise Marcel Schlup, Gerichtspräsident in Aarberg, wählen. Ich möchte allen, die sich im vergangenen Jahr für unsere Partei eingesetzt haben, bestens danken.

Charles Aebersold, Grossrat, Präsident

Gerichte

Obergericht

Wie bereits im Vorjahr hatten wir im Jahr 2005 bei den Oberrichtern und Oberrichterinnen keine personellen Änderungen. Als Suppleanten wählte der Grosse Rat neu Hansjürg Brodbeck (SP). Per Anfang 2005 hat Marcel Cavin (SVP) neu für drei Jahre das Präsidium des Obergerichtes übernommen. Die Geschäftslast hat bei uns erneut zugenommen, konnte aber durch entsprechenden Einsatz und gegenseitige Unterstützung bewältigt werden. Im vergangenen Jahr ist das Justizinspektorat (die Aufsicht über die erstinstanzlichen Gerichte) von der Justizdirektion neu beim Obergericht angegliedert worden, womit wir uns einfachere Abläufe versprechen und die Gewaltentrennung in diesem Bereich verwirklicht werden kann. Ob und wieweit wir auch das Ziel eines selbständigen Justizbudgets mit eigenem Auftritt im Grossen Rat werden verwirklichen können, wird sich zeigen; andere Kantone haben diesen Schritt bereits vollzogen.

Auf das Obergericht und die bernische Justiz kommen zudem verschiedene weitere Änderungen zu. Die Prozessrechte im Straf- und im Zivilbereich werden aller Voraussicht nach neu eidgenössisch geregelt werden und es sind ab Anfang des nächsten Jahres die entsprechenden organisatorischen Vorbereitungen zu treffen. Die kantonale Justizreform wird entsprechend den Bundesvorgaben abzustimmen sein.

Das Projekt "Restruct" mit dem Ziel einer Vereinfachung und Verbesserung der Aufsicht über die Strafverfolgungsorgane und die erste Instanz ist wieder einen Schritt weitergekommen und einer Koordination mit der Justizreform wird grosse Beachtung geschenkt.

Georges Greiner,
Oberrichter

Verwaltungsgericht

Das Verwaltungsgericht hatte im Berichtsjahr erneut eine stark gestiegene Anzahl Fälle zu bearbeiten (verwaltungsrechtliche Abteilung: 363 Eingänge ((Vorjahr 326)); sozialversicherungsrechtliche Abteilung: 1085 ((Vorjahr 1018)); französischsprachige Abteilung: 155 ((Vorjahr 184))).

Die Gründe für die weitere Zunahme sind vielfältig und wurden im letzten Jahresbericht, soweit sie überhaupt eruiert sind, erwähnt. Während an der sozialversicherungsrechtlichen Abteilung die Fälle aus dem Bereich der Invalidenversicherung sowohl zahlen- wie auch aufwandbezogen die stärkste

Zunahme verzeichnen, sind an der verwaltungsrechtlichen Abteilung deutlich mehr Streitsachen aus den Gebieten des Bau- und Planungsrechts sowie des Verfahrensrechts eingegangen; die Zunahmen im Steuer- und im Ausländerrecht haben sich demgegenüber auf hohem Niveau stabilisiert.

Die trotz teilweise schwieriger Umstände unvermindert hohe Motivation und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat - jedenfalls an der verwaltungsrechtlichen Abteilung - zu einer weiteren Erhöhung der Erledigungszahlen geführt (337 Fälle gegenüber 291 [333 bereinigt um 43 Ablehnungsbegehren in der selben Sache]). Zu diesem Erfolg wesentlich beigetragen hat überdies eine interne Reorganisation, welche neu drei Sachgebietsgruppen vorsieht, die schwerpunktmässig in den Bereichen Steuer-, Wirtschaftsverwaltungs- und Staatshaftungsrecht (Sachgebietsgruppe 1), Bau-, Planungs- und Umweltrecht (Sachgebietsgruppe 2) sowie Ausländer-, Polizei-, Personal- und Sozialhilferecht (Sachgebietsgruppe 3) tätig sind. Die dadurch erreichte Spezialisierung setzt Synergieeffekte frei und trägt massgeblich zur weiteren Rationalisierung der Abläufe am Gericht bei. Die Präsidentin der verwaltungsrechtlichen Abteilung ist trotz der Einrichtung dieser Sachgebietsgruppen bestrebt, den jeweils urteilenden Spruchkörper politisch ausgewogen zusammenzusetzen.

Die weitere Zunahme der Eingänge führt namentlich an der verwaltungsrechtlichen Abteilung zu einer markanten Verlängerung der Verfahrensdauern. Dieser Zustand ist für die Rechtssuchenden wie für das Gericht höchst unbefriedigend, zumal die Richterinnen und Richter an der verwaltungsrechtlichen Abteilung im Berichtsjahr erhebliche Überstunden geleistet haben und insoweit wohl ein Maximum erreicht ist. Die zeitgerechte und speditive, gleichzeitig gründliche und umsichtige Behandlung der Anliegen der rechtssuchenden Bürgerinnen und Bürger ist durch solche systembedingte «Verschleppungen» ernstlich in Gefahr.

Auf Ende Juli 2005 trat Verwaltungsrichter Prof. Dr. Hansjörg Seiler (verwaltungsrechtliche Abteilung) zurück, um sein ehrenvolles Amt als Bundesrichter am Eidgenössischen Versicherungsgericht in Luzern per 1. August 2005 anzutreten. Per 1. Dezember 2005 trat der auf Vorschlag der SVP-Fraktion gewählte Verwaltungsrichter Dr. Peter M. Keller als Nachfolger von Prof. Seiler neu ins Verwaltungsgericht (verwaltungsrechtliche Abteilung) ein. Dem ausscheidenden Verwaltungsrichter Prof. Dr. Hansjörg Seiler sei an dieser Stelle für seine langjährige und äusserst wertvolle Tätigkeit im Dienst der bernischen Justiz gedankt, verbunden mit den besten Wünschen zu seinem neuen Amt in Luzern.

Thomas Müller,
Verwaltungsrichter

Untersuchungsrichterämter (regionale und kantonale)

Für die Untersuchungsregion Bern-Mittelland wurde im Berichtsjahr Nino Santabarbara (SVP) als Untersuchungsrichter gewählt. Auf Ende Jahr hat Roland Hostettler (SP) als Untersuchungsrichter demissioniert. Er tritt anfangs 2006 eine Stelle als Gerichtspräsident in Interlaken an. In den übrigen Untersuchungsrichterämtern kam es bei den ordentlichen Untersuchungsrichtern zu keinen personellen Veränderungen.

Im Berichtsjahr musste, im Gegensatz zu den Vorjahren, keine markante Zunahme der Anzeigen festgestellt werden. Die Arbeitsbelastung auf sämtlichen Untersuchungsrichterämtern ist nach wie vor sehr hoch. Sie kann nur mit dem Einsatz von ausserordentlichen Untersuchungsrichtern bewältigt werden. Daneben kommt es im Kanzleibereich zu Einsätzen von Aushilfen, welche durch das Berner Stellennetz für Langzeitarbeitslose eingesetzt werden. Dieses Personal belastet zwar die Kasse nicht, verdeckt jedoch, dass die Arbeit mit dem normalen Stellenetat seit längerer Zeit nicht mehr bewältigt werden kann.

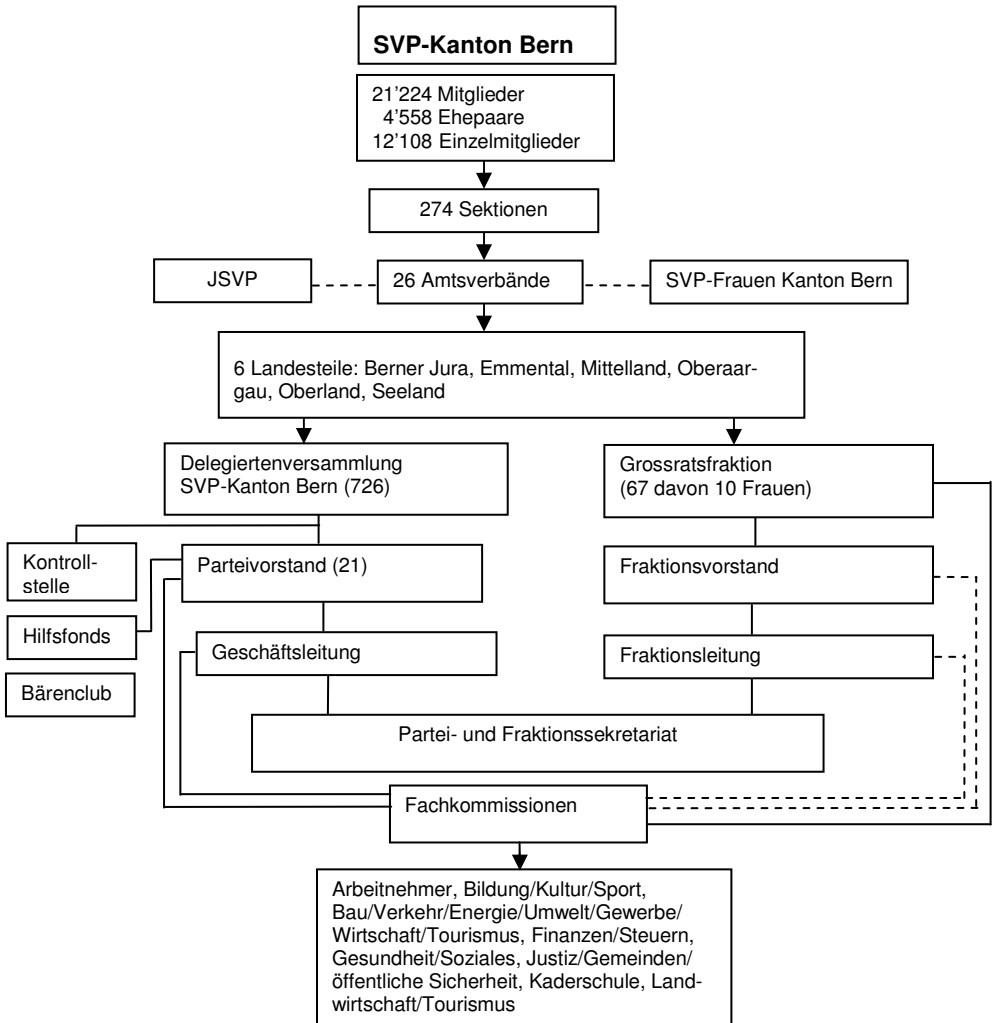
Auch im vergangenen Jahr nahm bei den regionalen Untersuchungsrichterämtern das Massengeschäft, wie Strafmandate oder Bussenumwandlungen, einen zu grossen Anteil ein, dies zu Lasten des eigentlichen Kerngeschäftes, dem Führen von Voruntersuchungen. Das Kantonale Untersuchungsrichteramt, welches kaum ein Massengeschäft verzeichnet, wird dafür regelmässiger mit zeitintensiven und sensiblen Fällen wie BLVK oder der Verhaftung des russischen Atomministers belastet. Sämtliche Ämter haben auch zunehmend mit Querulanten zu tun, welche ihrer Unzufriedenheit mittels Einreichung einer Strafanzeige Ausdruck verleihen. Unbefriedigend ist auch die Tatsache, dass noch immer nicht bekannt ist, wann der neue Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches in Kraft treten wird.

Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist angenehm und problemlos. Durch die Vereinheitlichung des Korps dürfte sie tendenziell noch effizienter werden. Einmal mehr kam gegen Ende des Jahres die unerfreuliche Mitteilung, dass kaum mit einer Lohnerhöhung zu rechnen sei. Der Leistungslohn und die jährliche Mitarbeiterbeurteilung (MAG) sind zur Farce verkommen. Viele Untersuchungsrichter fragen sich, ob sie letzteres überhaupt noch durchführen sollen, wenn die finanziellen Mittel es nicht einmal zulassen, sämtlichen Mitarbeitern, welche als überdurchschnittlich qualifiziert werden, einen Lohnstufenanstieg zu geben (ca. Fr. 35.- pro Monat). Die Idee, auch Untersuchungsrichter und Gerichtspräsidenten diesem „Leistungslohn“ zu unterstellen, würde - neben anderen Problemen – ein nicht funktionierendes System noch ausweiten oder anders gesagt: „Ausser Spesen für den Staat, nichts gewesen für die Richter“.

Urs Fuhrer, Untersuchungsrichter

IV. Organisation / Personelles

Organigramm der SVP Kanton Bern



Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

Geschäftsleitung

Präsident:	Hermann Weyeneth, Nationalrat, Jegenstorf
Vizepräsidenten:	Hans Michel, Grossrat, Brienz Judith Renner-Bach, Wahlendorf
Geschäftsführer:	Christoph Neuhaus, Belp
Kassier:	Jean-Michel With, Belp (ab 01.01.)
Präsident der Grossratsfraktion:	Werner Lüthi, Münsingen (bis 31.05.) Heinz Siegenthaler, Rüti b. Büren (ab 01.06.)
Ein weiteres Mitglied:	Dieter Widmer, Grossrat, Wanzwil

Parteivorstand

Präsident

Hermann Weyeneth, Nationalrat, Jegenstorf

Fraktionspräsident

Heinz Siegenthaler

Die Regierungsmitglieder

Urs Gasche, Fraubrunnen
Werner Luginbühl, Krattigen
Elisabeth Zölch, Bern

Die eidgenössischen Parlamentarier

Adrian Amstutz, Sigriswil
Ursula Haller, Thun
Rudolf Joder, Belp
Dr. Hans Lauri, Münsingen
Fritz Oehrli, Teuffenthal
Simon Schenk, Trubschachen
Walter Schmied, Moutier
Hansruedi Wandfluh, Frutigen

Grossratsfraktion

Die SVP-Grossratsfraktion setzte sich 2005 wie folgt zusammen:

Charles Aebersold, Treiten	Andreas Lanz, Thun (ab 01.06.)
Werner Aebischer, Guggisberg	André Lecomte, Diesse
Hans Aeschbacher, Gümligen, (bis 30.09.)	Samuel Leuenberger, Trubschachen
Hans Aeschbacher, Bätterkinden	Werner Lüthi, Münsingen
Peter Aeschlimann, Neueneegg	Paul Messerli, Kirchdorf
Peter Andres, Roggwil	Hans Michel, Brienz
Walter Balmer, Rosshäusern (bis 28.02.)	Urs Müller, Zäziwil (bis 30.06.)
Therese Bernhard, Worb	Walter Neuenschwander, Rubigen (ab 01.10.)
Rudolf Bieri, Oberbipp	Christian Oesch, Eriz
Jean-Michel Blanchard, Malleray	Hans Oppliger, Thun (bis 31.05.)
Andreas Blank, Aarberg	Dr. Daniel Pauli, Schliern
Elisabeth Blaser, Oberthal (ab 01.07.)	Fritz Reber, Schangnau
Peter Brand, Münchenbuchsee	Hans Rösti, Kandersteg
Christian Brönnimann, Zimmerwald	Therese Rufer, Zuzwil
Heinrich Burkhalter, Linden (bis 30.09.)	Andreas Sägesser, Schwarzenburg
Peter Eberhart, Erlenbach	Hans Ulrich Salzmann, Oberburg
Dr. Jürg Eberle, Grossaffoltern	Fred-Henri Schneegg, Sonceboz
Hans Etter, Zollikofen (bis 31.10.)	Andreas Schneider, Ursenbach
Gerhard Fischer, Meiringen	Beat Schori, Bern
Fritz Freiburghaus, Rosshäusern (ab 01.03.)	Alfred Schwarz, Uetendorf (bis 31.10.)
Thomas Fuchs, Bern	Elisabeth Schwarz, Steffisburg
Sabina Geissbühler, Herrenschwanden (ab 01.11.)	Fritz Sieber, Utzigen (ab 01.10.)
Alfred Gerber, Gohl	Erika Siegenthaler, Bern
Samuel Graber, Teuffenthal	Heinz Siegenthaler, Rüti b. Büren
Hans Grunder, Hasle-Rüegsau	Ueli Spring, Lyss
Rudolf Guggisberg, Kirchlindach	Charles Steiner, Ligerz
Christian Hadorn, Ochlenberg	Max Sterchi, Bern
Dr. Franz Haldimann, Burgdorf	Béatrice Struchen, Epsach
Lorenz Hess, Stettlen	Peter Studer, Höchstetten
Jürg Iseli, Zwieselberg (ab 01.11.)	Andreas Sutter, Biel
Hans-Ulrich Kaiser, Leuzigen	Ueli Tiefenbach, Studen
Carlo Kilchherr, Thun	Erich von Siebenthal, Gstaad
Bethli Küng, Saanen	Käthi Wälchli, Obersteckholz
Hans Küng, Diemtigen	Dieter Widmer, Wanzwil
Walter Kunz, Burgdorf (gestorben 01.11.)	Ernst Wiedmer, Oppligen
Matthias Kurt, Lenk	Paul Zwahlen, Matten
Verena Landolt, Gelterfingen	

3 SD-Mitglieder

Paul Hänni, Thun (bis 31.12.) / Hans-Peter Riesen, Bern / Peter Schori, Spiegel

Betreuer der Landesteile, Amtsverbände und Sektionen

Heinz Egli, Oberstocken

Vertreterin der SVP Frauen Kanton Bern

Susanne Huber, Meiringen (ab 1.1.05)

Vertreter der Jungen SVP

Erich J. Hess, Bern

Fünf bis sieben Mitglieder

Martin Baltisser, Bremgarten

Manfred Bühler, Cortébert

Christoph Neuhaus, Belp

Renato Krähenbühl, Rubigen

Therese Rufer, Zuzwil

Vertretung in der SVP Schweiz

Kommissionspräsidenten

Hanspeter Seiler, a.Nationalrat, Oberhofen

Senioren

Hermann Weyeneth, Nationalrat, Jegenstorf

Landwirtschaftspolitik

Mitglieder des Zentralvorstandes

Adrian Amstutz, Sigriswil

Jolanda Brunner, Spiez

Rita Gygax-Schwarz, Hinterkappelen

Christoph Neuhaus, Geschäftsführer, Belp

Judith Renner-Bach, Wahlendorf

Franziska Schluemp, Huttwil

Samuel Schmid, Bundesrat, Rütli b.Büren

Hanspeter Seiler, a.Nationalrat, Oberhofen

Hermann Weyeneth, Nationalrat, Jegenstorf

Regierungsmitglieder

Elisabeth Zölch, Volkswirtschaftsdirektorin, Bern
Urs Gasche, Finanzdirektor, Fraubrunnen
Werner Luginbühl, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor, Krattigen

Parteisekretariat

Christoph Neuhaus, Partei- und Fraktionssekretär, Belp
Barbara Ambühl, Mitarbeiterin, Ostermundigen
Matthias Eggimann, Mitarbeiter, Fraubrunnen (bis 30.04.)
Sandra Kocher, Mitarbeiterin, Belp (ab 01.05.)
Katharina Rüeegger, Teilzeitmitarbeiterin 20%, Hubersdorf (ab 01.01.)
Manfred Bühler, Praktikant, Cortébert (bis 30.06.)
Reto Sutter, Praktikant, Bolligen (01.07.-12.11.)
Barbara Mangold, Teilzeitmitarbeiterin 30%, Bern (ab 01.08.)
Reto Niederhauser, Praktikant, Hilterfingen (ab 17.10.)

Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP-Kanton Bern“

Werner Moser, Präsident, Obergoldbach
Ernst Burri, Sekretär, Lanzenhäusern
Alfred Aeschlimann, Kassier, Interlaken
Pierre Berger, Beisitzer, Mont-Crosin
Werner Salzmännli, Beisitzer, Mülchi
Vreni Jenni, Beisitzerin, Kappelen

Vorstand des „Bären-Club“ der SVP-Kanton Bern

Hanspeter Seiler, Nationalrat, Präsident, Oberhofen (bis 18.05.)
Ursula Haller, Nationalrätin, Präsidentin, Thun (ab 19.05.)
Elisabeth Zölch, Regierungsrätin, Vizepräsidentin, Bern
Christoph Neuhaus, Sekretär, Belp
Fritz Ritter, Kassier, Hasle-Rüegsau
Jean-Michel With, Beisitzer, Belp
Fritz Marthaler, Beisitzer, Biel
Hermann Weyeneth, Nationalrat, Beisitzer, Jegenstorf

Wir gratulieren zur Wahl als

Präsident der Landwirtschaftskommission

Peter Andres, Roggwil

Präsident der Bildungskommission

Werner Hostettler, Zollbrück

Stadratspräsident Burgdorf

Walter Baumann, Burgdorf

Grossrat

Fritz Freiburghaus, Rosshäusern
Andreas Lanz, Thun
Elisabeth Blaser-Gerber, Oberthal
Walter Neuenschwander, Rubigen

Fritz Sieber, Utzigen
Sabina Geissbühler, Herrenschwanden
Jürg Iseli, Zwieselberg

Grossratsvizepräsident

Werner Lüthi, Münsingen

Fraktionspräsident

Heinz Siegenthaler, Rüti b. Büren

1. Fraktionsvizepräsident

Gerhard Fischer, Meiringen

2. Fraktionsvizepräsident

Fred-Henri Schnegg, Sonceboz-Sombeval

Nebenamtlicher Bundesrichter

Georges Greiner, Bern

Eidg. Versicherungsrichter

Hansjörg Seiler, Münsingen

Verwaltungsrichter

Peter Keller, Bremgarten

Stv. Generalsekretär des Bundesverwaltungsgerichts

Markus Hämmerle, Grossaffoltern

Bundesverwaltungsrichter

Hans Urech, Ins (Präsident Bundesverwaltungsgericht)
Marianne Teuscher, Boll
Gérald Bovier, Schönbühl-Urtenen

Wir danken ganz herzlich

Präsident der Landwirtschaftskommission

Christian Oesch, Eriz

Präsidentin der Bildungskommission

Therese Rufer, Zuzwil

Mitglied Parteivorstand

Sonja Bietenhard, Bern

Grossrat

Walter Balmer, Rosshäusern

Hans Oppliger, Thun

Urs A. Müller, Oberdiessbach

Heinrich Burkhalter, Linden

Hans Aeschbacher, Gümligen

Hans Etter, Zollikofen

Alfred Schwarz, Uetendorf

Fraktionspräsident

Werner Lüthi, Münsingen

Bundesrichter

Dr. Rudolf Rüedi, Luzern

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei wieder den Verlust verdienter und langjähriger Exponenten zu beklagen. Dabei seien namentlich erwähnt:

Walter Brechbühler, a. Grossrat, Utzenstorf, verstarb in seinem 87. Lebensjahr. Walter Brechbühler gehörte dem Grossrat von 1972 bis 1982 an.

Jakob Kropf, a. Regierungsstatthalter, Belp, verstarb in seinem 68. Lebensjahr.

Werner Beutler, a. Grossrat, Niederwichtlach, verstarb in seinem 83. Lebensjahr. Werner Beutler gehörte dem Grossen Rat von 1969 bis 1982 an.

Fredi Krummen, a. Grossrat, Müntschemier, verstarb nach kurzer Krankheit in seinem 81. Lebensjahr. Fredi Krummen gehörte dem Grossen Rat von 1974 bis 1990 an.

Fritz Hoffman, a. Grossrat und a. Nationalrat der SVP-Kanton Bern, ehemaliger Präsident der SVP Schweiz, wurde nach langer Krankheit von seinem Leiden erlöst. Als Grossrat war Fritz Hoffmann von 1962 -1970, als Nationalrat von 1971 bis 1987 und als Präsident der SVP Schweiz von 1976 bis 1984 tätig.

Werner Werren, a. Grossrat, Boltigen, ist nach längerer, geduldig ertragener Krankheit in seinem 52. Lebensjahr zum Schöpfer zurückgekehrt. Werner Werren gehörte dem Grossen Rat von 1998 bis 2002 an.

Walter Kunz, Grossrat, Burgdorf, ist nach längerer, schwerer Krankheit von uns gegangen. Walter Kunz war Grossrat seit dem 1. Juni 2002.

Die Verstorbenen haben sich mit viel Sachkompetenz und grosser Schaffenskraft für die Belangen des Kantons Bern und seiner Bevölkerung eingesetzt. Die SVP des Kantons Bern wird den Verstorbenen in Ehren gedenken.

Schlusswort

Vier gewinnt - 2005 sorgt für Spannung im Jahr 2006

Der 14. August und der 12. November 2005 – diese zwei Daten haben historische Dimension und gehen in die diesjährige Geschichte unserer Berner SVP ein. An beiden Daten zeigte die Partei mit einem imposanten Aufmarsch von je 700 Personen, dass sie präsent und aktiv ist wie eh und je – die grösste Kantonalpartei der Schweiz notabene.

Nach dem Motto „Zukunft braucht Herkunft“ gedachte die Partei am 14. August in der Kirche Schüpfen ihres Gründers Rudolf Minger. Der 50. Todestag von Ruedi Minger – er war unter anderem 1919 bis 1929 Nationalrat und 1929 bis 1940 der erste SVP-Bundesrat - wurde zum Anlass genommen, im Schöpfener Gotteshaus einen Gedenkanlass durchzuführen. Bundespräsident Samuel Schmid aus Rüti b. Büren würdigte den Bauern und Politiker, der die damalige BGB zu grosser Blüte brachte. Mit stehender Ovation verdankten die Zuhörer Samuel Schmid seine Worte. 700 Gäste strömten für diesen Anlass ins Dorf, in dem Minger als Bauer aktiv war und wo er seine letzte Ruhe fand. Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt und der ganze Anlass musste mit Video ins nahe Kirchgemeindehaus übertragen werden. Der einsetzende Regen tat dem würdigen Anlass bei der abschliessenden Kranzniederlegung auf dem Friedhof keinen Abbruch.

Eine denkwürdige Nominationsdelegiertenversammlung brachte am 12. November 520 Delegierte und 180 Gäste, also wiederum 700 Personen, in die Mehrzweckhalle des Waffenplatzes Bern. Vom Podium aus war der lang gestreckte Saal nur schwer zu überblicken. Videoübertragungen auf zwei riesigen Leinwänden rückten die fünfeinhalbstündige DV ins richtige Licht. Der Samstag sorgte für Spannung und war für Überraschungen gut. So begann die DV mit der Ankündigung einer wilden Kandidatur aus dem Berner Jura. Dann widersetzten sich die Delegierten hauchdünn mit 12 Stimmen Unterschied dem Antrag des Parteivorstandes und nominierten vier statt drei Kandidierende.

Aus der denkwürdigen Ausmarchung gingen schliesslich Monique Jametti Greiner (Thun) und Annelise Vaucher (Cormoret) als Regierungsratskandidatinnen für die Wahlen vom 9. April 2006 hervor. Zusammen mit den beiden bisherigen Werner Luginbühl (Krattingen, Justizdirektor) und Urs Gasche (Fraubrunnen, Finanzdirektor) steigt die Berner SVP also im kommenden Jahr mit einem Quartett in die Regierungsratswahlen. Ganz nach dem Motto: Vier gewinnt.

Nachdem Volkswirtschaftsdirektorin Elisabeth Zölch am 1. Juli 2005 ihren Rücktritt angekündigt hatte, wurde das Rennen um ihre Nachfolge im August eröffnet und bis zur Nominationsversammlung wartete unsere Partei immer wieder mit Neuigkeiten auf. Die Nomination von drei statt vier Kandidierenden für die Regierungswahlen lieferte dann auch im Nachgang zum 12. November schweizweit Schlagzeilen.

Damit wird das Jahr 2005 auch im 2006 für Spannung sorgen. Es sind nicht mehr allein die Grossratswahlen, die mit der Verkleinerung des Rates von 200 auf 160 Sitze und von 26 auf 8 Wahlkreise Anlass zu Diskussionen geben. Am 9. April 2006 werden die Weichen für eine weitere Legislatur gestellt – unsere SVP-Kanton Bern hat den Kessel der Wahllokomotive 2006 bereits im Jahr 2005 zünftig eingefeuert.

Christoph Neuhaus,
Geschäftsführer

V. Die Partei in Zahlen

Mitgliederzahlen

Sektion	Bestand 31.12.2004	Bestand 31.12.2005	Veränderung	+/- in %
Aarberg	135	135	0	0.00%
Grossaffoltern	119	107	-12	-10.08%
Kallnach	82	83	1	1.22%
Kappelen	85	81	-4	-4.71%
Lyss	128	124	-4	-3.13%
Meikirch	123	123	0	0.00%
Radelfingen	58	59	1	1.72%
Rapperswil	116	116	0	0.00%
Seedorf	241	238	-3	-1.24%
Schüpfen	237	214	-23	-9.70%
Einzelmitglieder	1	2	1	100.00%
Aarberg	1'325	1'282	-43	-3.25%
Aarwangen	171	157	-14	-8.19%
Auswil	9	11	2	22.22%
Bleienbach	37	44	7	18.92%
Busswil	33	31	-2	-6.06%
Gondiswil	61	57	-4	-6.56%
Kleindietwil	34	34	0	0.00%
Langenthal	217	208	-9	-4.15%
Leimiswil	27	27	0	0.00%
Lotzwil	65	64	-1	-1.54%
Madiswil	129	130	1	0.78%
Melchnau	116	111	-5	-4.31%
Ober/Untersteckholz	42	41	-1	-2.38%
Roggwil	112	110	-2	-1.79%
Rohrbach	65	64	-1	-1.54%
Rütschelen	43	42	-1	-2.33%
Schwarzhäusern	20	20	0	0.00%
Thunstetten	108	108	0	0.00%
Ursenbach	93	72	-21	-22.58%
Wynau	21	22	1	4.76%
Aarwangen	1'370	1'353	-50	-3.56%

Sektion	Bestand 31.12.2004	Bestand 31.12.2005	Veränderung	+/- in %
Bern	340	316	-24	-7.06%
Bolligen	144	138	-6	-4.17%
Bremgarten	45	43	-2	-4.44%
Ittigen	63	59	-4	-6.35%
Kirchlindach	139	135	-4	-2.88%
Köniz-Liebefeld				
Köniz-Niederscherli				
Köniz-Oberscherli				
Köniz-Schliern				
Köniz-Spiegel				
Köniz-Wabern				
Köniz-Wangental				
Total Köniz	400	379	-21	-5.25%
Muri-Gümligen	113	110	-3	-2.65%
Ostermundigen	65	64	-1	-1.54%
Oberbalm	49	48	-1	-2.04%
Stettlen	77	72	-5	-6.49%
Vechigen	241	228	-13	-5.39%
Wohlen	151	140	-11	-7.28%
Zollikofen	123	122	-1	-0.81%
Bern	1'950	1'854	-96	-4.92%
Biel	65	64	-1	-1.54%
Biel	65	64	-1	-1.54%
Arch	33	33	0	0.00%
Büetigen	46	44	-2	-4.35%
Büren	136	140	4	2.94%
Busswil	46	45	-1	-2.17%
Diessbach	83	0	-83	-100.00%
Dotzigen	47	49	2	4.26%
Lengnau	38	36	-2	-5.26%
Leuzigen	72	72	0	0.00%
Meinisberg	44	39	-5	-11.36%
Oberwil	61	61	0	0.00%
Pieterlen	64	64	0	0.00%
Rüti	56	56	0	0.00%
Wengi	42	43	1	2.38%
Büren	768	682	-86	-11.20%

Sektion	Bestand 31.12.2004	Bestand 31.12.2005	Veränderung	+/- in %
Aefligen	31	32	1	3.23%
Alchenstorf	81	68	-13	-16.05%
Bäriswil	31	31	0	0.00%
Burgdorf	161	149	-12	-7.45%
Ersigen	148	148	0	0.00%
Heimiswil	131	129	-2	-1.53%
Hasle	156	153	-3	-1.92%
Hindelbank	81	82	1	1.23%
Höchstetten-Hellsau	46	45	-1	-2.17%
Kirchberg	144	140	-4	-2.78%
Koppigen-Willadingen	111	114	3	2.70%
Krauchthal	144	143	-1	-0.69%
Lyssach	93	91	-2	-2.15%
Mötschwil-Rüti	35	35	0	0.00%
Niederösch/Oberösch	39	33	-6	-15.38%
Oberburg	179	177	-2	-1.12%
Rüdtligen-Alchenflüh	57	56	-1	-1.75%
Wynigen	177	170	-7	-3.95%
Burgdorf	1'845	1'796	-49	-2.66%
Corgémont	17	17	0	0.00%
Cortébert	13	13	0	0.00%
Courtelary	4	4	0	0.00%
La Chaux-d'Abel	8	8	0	0.00%
La Ferrière	11	11	0	0.00%
Mont-Tramelan	8	8	0	0.00%
Orvin	5	5	0	0.00%
Péry	8	8	0	0.00%
Renan	20	19	-1	-5.00%
Romont	6	6	0	0.00%
St-Imier	39	38	-1	-2.56%
Sonceboz	10	10	0	0.00%
Sonvilier	21	21	0	0.00%
Tramelan	26	26	0	0.00%
Vauffelin	2	2	0	0.00%
Courtelary	198	196	-2	-1.01%

Sektion	Bestand 31.12.2004	Bestand 31.12.2005	Veränderung	+/- in %
Brüttelen	19	20	1	5.26%
Erlach	78	80	2	2.56%
Finsterhennen	21	21	0	0.00%
Gals	59	56	-3	-5.08%
Gampelen	22	22	0	0.00%
Ins	202	200	-2	-0.99%
Lüscherz	7	7	0	0.00%
Müntschemier	110	107	-3	-2.73%
Siselen	25	25	0	0.00%
Treiten	51	55	4	7.84%
Tschugg	21	16	-5	-23.81%
Vinelz	37	0	-37	-100.00%
Einzelmitglieder	0	2	2	100.00%
Erlach	652	611	-41	-6.29%
Bätterkinden	134	129	-5	-3.73%
Bangerten	23	28	5	21.74%
Büren zum Hof	66	60	-6	-9.09%
Diemerswil	24	24	0	0.00%
Etzelkofen	17	15	-2	-11.76%
Fraubrunnen	99	95	-4	-4.04%
Grafenried	47	41	-6	-12.77%
Jegenstorf-M'ringen	156	152	-4	-2.56%
Iffwil	27	26	-1	-3.70%
Limpach	41	41	0	0.00%
Mattstetten	29	27	-2	-6.90%
Moosseedorf	101	96	-5	-4.95%
Mülchi	16	19	3	18.75%
Münchenbuchsee	223	219	-4	-1.79%
Ruppoldsried	9	9	0	0.00%
Urtenen-Schönbühl	83	81	-2	-2.41%
Utzenstorf	172	173	1	0.58%
Wiler b. Utzenstorf	35	34	-1	-2.86%
Zauggenried	36	26	-10	-27.78%
Zielebach	24	24	0	0.00%
Zuzwil	64	64	0	0.00%
Fraubrunnen	1'426	1'383	-43	-3.02%

Sektion	Bestand 31.12.2004	Bestand 31.12.2005	Veränderung	+/- in %
Adelboden	67	65	-2	-2.99%
Aeschi	99	97	-2	-2.02%
Frutigen	163	162	-1	-0.61%
Kandersteg	28	34	6	21.43%
Reichenbach	118	118	0	0.00%
Frutigen	475	476	1	0.21%
Beatenberg	52	53	1	1.92%
Bönigen	18	21	3	16.67%
Brienz	78	73	-5	-6.41%
Grindelwald	155	153	-2	-1.29%
Habkern	44	44	0	0.00%
Interlaken	79	79	0	0.00%
Lauterbrunnen	38	31	-7	-18.42%
Matten	52	54	2	3.85%
Ringgenberg	63	57	-6	-9.52%
Unterseen	71	68	-3	-4.23%
Wilderswil	46	50	4	8.70%
Einzelmitglieder	10	10	0	0.00%
Interlaken	706	693	-13	-1.84%
Arni	61	56	-5	-8.20%
Biglen	104	101	-3	-2.88%
Bowil	91	81	-10	-10.99%
Grosshöchstetten	81	82	1	1.23%
Konolfingen	274	266	-8	-2.92%
Landiswil	54	53	-1	-1.85%
Linden	72	75	3	4.17%
Mirchel	60	56	-4	-6.67%
Münsingen	114	110	-4	-3.51%
Oberdiessbach	114	114	0	0.00%
Oberthal	45	45	0	0.00%
Kiesen-Oppligen	66	67	1	1.52%
Allmendingen	34	40	6	17.65%
Rubigen	74	68	-6	-8.11%
Trimstein	40	38	-2	-5.00%
Schlosswil	59	60	1	1.69%

Sektion	Bestand 31.12.2004	Bestand 31.12.2005	Veränderung	+/- in %
Tägertschi	21	21	0	0.00%
Walkringen	57	57	0	0.00%
Wichtrach	146	138	-8	-5.48%
Worb	235	238	3	1.28%
Zäziwil	82	82	0	0.00%
Konolfingen	1'884	1'848	-36	-1.91%
Ferenbalm	105	102	-3	-2.86%
Frauenkappelen	43	40	-3	-6.98%
Golaten	17	17	0	0.00%
Gurbrü	25	25	0	0.00%
Kriechenwil	33	30	-3	-9.09%
Laupen	67	65	-2	-2.99%
Mühleberg	155	155	0	0.00%
Münchenwiler	18	18	0	0.00%
Neuenegg	235	237	2	0.85%
Einzelmitglieder	0	2	2	100.00%
Laupen	698	691	-7	-1.00%
Court	11	10	-1	-9.09%
Malleray	12	12	0	0.00%
Moutier	39	39	0	0.00%
Reconvilier	9	9	0	0.00%
Tavannes	19	19	0	0.00%
Diverse	24	24	0	0.00%
Moutier	114	113	-1	-0.88%
Diesse	2	2	0	0.00%
La Neuveville	30	30	0	0.00%
Lignières	1	1	0	0.00%
Nods	5	5	0	0.00%
Prêles	1	1	0	0.00%
La Neuveville	39	39	0	0.00%

Sektion	Bestand 31.12.2004	Bestand 31.12.2005	Veränderung	+/- in %
Bühl	22	22	0	0.00%
Epsach	42	39	-3	-7.14%
Ipsach	44	37	-7	-15.91%
Jens	39	41	2	5.13%
Ligerz	45	44	-1	-2.22%
Mörigen	60	37	-23	-38.33%
Nidau	11	6	-5	-45.45%
Orpund	49	48	-1	-2.04%
Port	28	28	0	0.00%
Safnern	94	94	0	0.00%
Schwadernau	16	16	0	0.00%
Studen	43	47	4	9.30%
Täuffelen	90	92	2	2.22%
Twann	57	55	-2	-3.51%
Walperswil	59	58	-1	-1.69%
Worben	65	65	0	0.00%
Einzelmitglieder	64	65	1	1.56%
Nidau	828	794	-34	-4.11%
Därstetten	43	46	3	6.98%
Diemtigen	100	99	-1	-1.00%
Erlenbach	30	36	6	20.00%
Oberwil	48	46	-2	-4.17%
Reutigen	87	81	-6	-6.90%
Spiez				
Spiezwiler				
Einigen/Gwatt				
Faulensee				
Hondrich				
Total Spiez	169	167	-2	-1.18%
Wimmis	147	137	-10	-6.80%
Niedersimmental	624	612	-12	-1.92%
Gadmen	9	8	-1	-11.11%
Hasliberg	39	39	0	0.00%
Innertkirchen	48	34	-14	-29.17%
Meiringen	113	113	0	0.00%
Oberhasli	209	194	-15	-7.18%

Sektion	Bestand 31.12.2004	Bestand 31.12.2005	Veränderung	+/- in %
Boltigen	53	54	1	1.89%
Lenk	70	68	-2	-2.86%
St. Stephan	43	37	-6	-13.95%
Zweisimmen	99	91	-8	-8.08%
Obersimmental	265	250	-15	-5.66%
Gsteig	35	27	-8	-22.86%
Saanen	175	179	4	2.29%
Saanen	210	206	-4	-1.90%
Albligen	22	22	0	0.00%
Guggisberg	58	55	-3	-5.17%
Rüschegg	51	51	0	0.00%
Wahlern	196	189	-7	-3.57%
Schwarzenburg	327	317	-10	-3.06%
Belp	203	196	-7	-3.45%
Belpberg	71	69	-2	-2.82%
Burgistein	46	46	0	0.00%
Gelterfingen	17	15	-2	-11.76%
Gerzensee	82	73	-9	-10.98%
Gurzelen	42	39	-3	-7.14%
Kaufdorf	29	29	0	0.00%
Kehrsatz	39	32	-7	-17.95%
Kirchdorf	131	136	5	3.82%
Riggisberg	103	102	-1	-0.97%
Rüeggisberg	130	119	-11	-8.46%
Rümligen	33	33	0	0.00%
Seftigen	46	44	-2	-4.35%
Thurnen/Lohnstorf	49	49	0	0.00%
Toffen	63	64	1	1.59%
Uttigen/Kienersrüti	60	58	-2	-3.33%
Wattenwil	81	83	2	2.47%
Zimmerwald	119	113	-6	-5.04%
Seftigen	1'344	1'300	-44	-3.27%

Sektion	Bestand 31.12.2004	Bestand 31.12.2005	Veränderung	+/- in %
Eggiwil	162	164	2	1.23%
Langnau	184	191	7	3.80%
Lauperswil	106	104	-2	-1.89%
Röthenbach	73	75	2	2.74%
Rüderswil	98	97	-1	-1.02%
Schangnau	105	98	-7	-6.67%
Signau	101	93	-8	-7.92%
Trub/Trubschachen	159	151	-8	-5.03%
Signau	988	973	-15	-1.52%
Amsoldingen	53	49	-4	-7.55%
Blumenstein	36	35	-1	-2.78%
Buchholterberg	89	83	-6	-6.74%
Fahrni	51	48	-3	-5.88%
Forst-Längenbühl	35	30	-5	-14.29%
Heiligenschwendi	16	17	1	6.25%
Heimberg	65	66	1	1.54%
Hilterfingen	51	45	-6	-11.76%
Höfen	37	35	-2	-5.41%
Linkes Zulgufer	78	79	1	1.28%
Oberhofen	76	75	-1	-1.32%
Schwarzenegg	140	140	0	0.00%
Sigriswil	121	124	3	2.48%
Steffisburg	150	147	-3	-2.00%
Thierachern	50	53	3	6.00%
Thun	231	216	-15	-6.49%
Uebeschi	34	32	-2	-5.88%
Uetendorf	175	168	-7	-4.00%
Zwieselberg	21	20	-1	-4.76%
Thun	1'509	1'462	-47	-3.11%

Sektion	Bestand 31.12.2004	Bestand 31.12.2005	Veränderung	+/- in %
Affoltern	102	104	2	1.96%
Dürrenroth	70	70	0	0.00%
Eriswil	92	87	-5	-5.43%
Huttwil	190	191	1	0.53%
Lützelfluh	139	137	-2	-1.44%
Rüegsau	175	172	-3	-1.71%
Sumiswald	244	227	-17	-6.97%
Trachselwald	51	47	-4	-7.84%
Walterswil	49	51	2	4.08%
Wyssachen	61	58	-3	-4.92%
Trachselwald	1'173	1'144	-29	-2.47%
Attiswil	38	41	3	7.89%
Graben/Berken	26	26	0	0.00%
Herzogenbuchsee	164	161	-3	-1.83%
Inkwil	33	32	-1	-3.03%
Niederbipp	119	121	2	1.68%
Oberbipp	87	85	-2	-2.30%
Ochlenberg	61	61	0	0.00%
Seeberg-Hermiswil	125	116	-9	-7.20%
Thörigen	93	93	0	0.00%
Wangen	106	107	1	0.94%
Wiedlisbach	50	44	-6	-12.00%
Einzelmitglieder	2	4	2	100.00%
Wangen	904	891	-13	-1.44%
Total Kanton	21'929	21'224	-705	-3.21%